

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),  
bei Inseration unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, berantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beilage in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeiger  
für die dreieckshaltene Zeitzeile oder deren Raum 30.

Inhalt: Gegen die Täuschungsversuche — Wirtschaftliche Rundschau — Politische Umschau — Maurerbewegung — Streiks, Auspferungen, Maßregelungen, Differenzen, Tarifverhandlungen, Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes, Bekanntmachungen des Gauvorstandes, Jahresberichte der Gauvorstände: Preßau und Oberfranken, Berichte — Central-Krankenkasse — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen — Gewerbeleiche Pflege und Arbeiterversicherung — Polizei und Gerichte — Eingegangene Schriften — Der Staat — Anzeigen — Feuilleton: Bauornamente aus Süddeutschland.

## Gegen die Täuschungsversuche.

Im der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe könnte man von Anbeginn beobachten, wie sich die Leitung des Arbeitgeberbundes damit abmühte, die so überaus klare Schläge durch allerlei hinterlistigen zu verborgen und zu verdunkeln. Bei diesen Verblendungsmanövern handelte es sich weniger um die Täuschung der Arbeiterorganisationen — daß das nicht möglich war, wußten die betreffenden Herren längst — als vielmehr darum, der weiteren, nicht direkt beteiligten Öffentlichkeit, der nichts unbekannter ist, als sich in einem Fall eine eigene Meinung bilden zu sollen, und die darum auf jede mit dem gehörigen biedermeärrischen Pathos verabreichte „Information“ hineinfällt, blauen Dunst vorzumachen. Als wir mit der Veröffentlichung des Geheimprotokolls in die Ränkeschmiede des Bauarbeiterbundes hineinlieferten, da war dort guter Rat teuer. Hier half kein Abstreiten, hier war ein authentisches Dokument, das man nicht für eine Fälschung ausgeben konnte, und dies Dokument enthielt in klaren, nur eine Deutung zulassenden Worten das Programm der Unternehmer:

**Das Endziel ist daran gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt wird, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeres Umfangs durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.**

Und das hatte nicht irgend ein hinterwäldlerischer Bauarbeiter gesagt, nein, das waren die Worte des ersten Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes, des im primitivsten Arbeitervolk grau gewordenen Bauchs Felsch. Dies Programm, in Verbindung mit dem Entwurf eines Mastertarifes, mußte jeden Zweifel an den volkswirtschaftlich wie moralisch, verdecklichen und verdammenswerten Absichten des Arbeitgeberbundes beseitigen. Auch in Kreisen, die man sonst gerade nicht der Arbeiterfeindschaft gelten kann, rümpfte man die Nase ob dieser Pläne, und die Wundesleitung glaubte etwas befähigendes Del auf die sich unabdinglich trümlenden Wellen der Entrüstung gießen zu müssen. Es folgte jener harschste Artikel des bauvaren Dr. Miteng und das hilflose Gestammel der Wundesleitung, wo von den „durchaus unbedingten Beunruhigung des deutschen Baugewerbes“ die Rede war.

Diesen Ablehnungsversuch der Unternehmer widerfuhr freilich ein hartes Schicksal; fast zur selben Zeit kamen wir mit einem neuen authentischen Affentlaß dienten, mit dem Rundschreiben der Leitung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, in dem dessen Verbandsdirektor Schmiedehaus mit gewohnter Tollpathosie ausplauderte, daß der Vertragsentwurf des Bundes den „Unternehmern außerordentliche Vorteile“ biete und daß man ihn deshalb durchsetzen müsse, obwohl es sicher sei, „daß es ohne Kampf nicht abgehen wird“. Das Bekanntwerden dieses Rundschreibens war freilich eine recht bittere Bille für die sich so gern im Maskenkostüm des sozialen Jugendkampfes bewegende Wundesleitung, aber man vertraute, unserer schnellebigen Zeit, die beratig kompromittierliche Dinge rasch vergaßt, und im übrigen verließ man sich auf die in vielen Menschenaltern geübte Verbreitungskunst

dieser Sorte von Presse, die ihr Brot dabei sucht und findet, daß sie sich für Geld und gute Worte von den Unternehmern zu allem gebrauchen läßt. So ganz unbedenkt war diese Rechnung nicht. Nach einer kurzen Anstandspause des Bögers hob das Gebeiss an, erst vereinzelt, dann aber auf der ganzen Linie; heute kann man im leichten Minutenschätzchen lesen, daß „unserem Baugewerbe“ wieder eine durch die „unerschwingbaren Forderungen der sozialdemokratischen Maurer“ hervergerufene Krise drohe, in deren Verlauf den Gewerkschaftenhoffentlich „der notwendige Denkfall“ gegeben werde, den sie wegen der verfeuerten Wohnungsmieten auch reichlich verdient hätten.

Was verschlägt es den Matadoren des Bundes, daß jeder halbwegs unterrichtete Mensch die Verlogenheit dieser Verhebung auf den ersten Blick erkennt? Das müßten ja sonderbare Unternehmer sein, die darauf Gewicht legten. Der Zweck muß erreicht werden! Das hochverehrliche Publikum muß so bearbeitet werden, daß die allgemeine Einführung der Streitklausel geschieht, und daß daneben die „Stimme des Volkes“ dem Bundes das moralische Recht zuerkennt, wenn er die Befreiung der Geschäftsführung dazu benützt, einigen hunderttausend Arbeitersfamilien, die jetzt noch todmatt von der winterlichen Hungertour sind, das Brot vom Munde wegzuholen und ihnen auf Jahre hinaus die Hände zu binden, die sie sonst vielleicht zur Gegenwehr gebrauchen könnten.

Einen solchen Versuch zur Verbindung der Tarifkästen haben wir jetzt wieder vor uns. Es ist ein genannter „Waschzettel“, eine Auszehrung des Arbeitgeberbundes, die er der Presse zur Veröffentlichung überläßt. Selbstverständlich haben schon Hunderte von konservativen, nationalliberalen, freisinnigen und „appartheidischen“ Blättern diejenen neuesten Täuschungsversuch vollführt, und wo man den Widerspruch der christlich organisierten Arbeitern nicht zu fürchten hat, haben sich auch wohl Zentrumsblätter in dem heiligen Dienst der Arbeiterschneidung gestellt. Weiters geschieht es in folgender Form:

**Zur Aufklärung über die Möglichkeit eines großen Wirtschaftskampfes im deutschen Baugewerbe im Frühjahr dieses Jahres wird uns folgendes gefüllt: Die Arbeitspresse verbreitet systematisch die unglaubliche Behauptung, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wolle die Gewerkschaften zur Annahme eines für sie ganz unannehbaren Tarifvertrages zwingen und, für den Fall seiner Ablehnung, unangefangene Aussperrungen veranlassen, in der Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören. Nichts aber liegt dem Deutschen Arbeitgeberbund ferneres als dieses. Zugleich handelt es sich gar nicht um einen Tarifvertrag, sondern um ein vom Deutschen Arbeitgeberbund herausgegebenes Vertragsmuster, in dem nur bestimmte einheitliche Grundfälle festgelegt sind, die meist schon in früheren Tarifverträgen enthalten waren. Alle die Regelungen der besonderen örtlichen Verhältnisse betreffenden Fragen, insbesondere über Lohn- und Arbeitszeit, bleiben nach wie vor der Vereinbarung der lokalen Vertragschließenden Parteien überlassen. Gerade diese wichtige Hauptfaktheit wird aber zwecks Täuschung der öffentlichen Meinung in der Arbeitspresse absichtlich verschwiegen.**

Das das Vertragsmuster ohne Hinzuziehung der gewerkschaftlichen Zentralleistungen aufgestellt worden ist, erklärt sich aus dem, seine Vereinfachung in sich selbst tragen den Grunde, weil anders ein solches Muster, überhaupt nicht zu stande gekommen wäre und weil auch bisher fast nur die Lokalorganisationen für den Abschluß der Tarifverträge in Betracht kamen. Mitteilungen für das Vorzehen des Bundes über die weitere wichtige Tariffrage, daß die Gewerkschaftsleistungen in den letzten Jahren einen viel geringeren Einfluß auf die örtlichen Arbeiterorganisationen behalten und je nach Lage der Sache auch bestehen wollen, als dies jetzt der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt wird. Das beweist einwandfrei der gewaltige vorjährige Kampf im Berliner Baugewerbe, der gegen den ausdrücklichen Willen und Widerstand der Gewerkschaftsleistungen durch die Arbeitnehmer beschlossen und infiniert wurde; ferner auch der gegenwärtige, fast einjährige Streit in Celle, wobei sich der Tarifvertrag lediglich desshalb nicht zu stande kommt,

weil die Arbeitnehmer, ebenfalls gegen den Rat und Willen ihrer Leistungen, darauf bestehen, nur zusammen mit gleichartig organisierten Gewerken arbeiten zu wollen; sobald endlich auch die zahlreichen vorjährigen Tarifverträge im Münchener Baugewerbe, wo die Gewerkschaftsleistungen trotz wiederholter Aufforderung zur pflichtmäßigen Wiederherstellung des Tarifverhältnisses fast vollständig verlagert. Wenn die Gewerkschaften das eventuelle Richtzufand kommen der Tarifvertrag auf das vom Arbeitgeberbund herausgegebene Vertragsmuster zurückzuführen suchen, so ist das nur eine absichtliche Täuschung der öffentlichen Meinung. Bestimmt für ihr Verhalten sind für jeden Eingeweihten höchst lediglich tatsächliche Gründe, die sie verlassen, in Rücksicht auf die ungünstige Konjunktur im Baugewerbe ihrer sozialdemokratischen Prognoseförderung des achtjährigen Arbeitstages und ihr Bestreben nach stetiger Lohnsteigerung solange auszuführen und vorzubringen, als es möglich ist. Wenn sie die Aussicht bietet, die vorerwähnten Ziele durch dann von ihnen diffinierte und inszenierte Streits und Sperren zu erzielen. Dadurch aber würde der Segen einer wieder einführenden sozialistischen Forderung für das gesamte Baugewerbe illusorisch gemacht werden. Das zu verhindern, ist nicht nur ein Gebot der Selbstverteidigung für das deutsche Baugewerbe, sondern auch eine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber. Um deswegen muß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf seinem Standpunkt beharren, seine ganze Macht dafür einzufeuern, daß eine tariflose Zeit in Deutschland nicht eintrete, selbst auf die Gefahr eines Kampfes hin, wie er bisher so ausgedehnt und so schwerwiegend noch nicht geführt worden ist.

Noch aber gibt er die Hoffnung nicht auf, daß die Gewerkschaften der Arbeitnehmerorganisationen sich der großen Verantwortung bewußt werden und sich nicht auf einen Widerstand gegen Tarifverträge verstellen, den sie eigentlich nicht begründen und vertreten können.

Wir haben den Waschzettel mit allen Hervorhebungen im Druck wiedergegeben; ja, wie er das Bureau des Arbeitgeberbundes verlassen hat, hat er bei uns Aufnahme gefunden. In dieser „Information“ stehen alle Lügen und Verdreihungen wieder, die von Anbeginn der Bewegung von einigen Wortführern des Bundes verbreitet wurden. Wie beiläufig ausdrücklich: Lügen und Verdreihungen!

Gleich im Anfang heißt es, daß dem Arbeitgeberbund nichts ferner läge, als den Gewerkschaften für sie unannehbare Tarifverträge aufzwingen und im Falle der Ablehnung unangefangene Aussperrungen vorzunehmen: Als wir das lasen, glaubten wir einen Augenblick, der Bund habe nunmehr seine Absicht aufgegeben; denn, in diesen Sätzen war ja etwas bestritten, was so sicher und klar vorauszusehen ist, daß jeder Zweifel daran ausgeschlossen werden muß. Wenn man sich die Worte aber genauer ansieht, dann ergibt sich sofort, daß es sich um einen höchst durchsichtigen Täuschungsversuch handelt. Man will den Glauben erwecken, als ob der Bund die allerfriedlichsten Absichten habe; wird der Bund aber auf das Geheimprotokoll und auf die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen verweisen, die seine hier angeführten Worte Lügen strafen, so kann er mit der unschuldigsten Miene von der Welt erklären: „Was will der? Die Tarifverträge sind doch nicht unannehbar!“ Und da es bekanntlich eine Sache der Auffassung ist, ob etwas unannehbar oder nicht unannehbar ist, so kann der Bund, wenn er bei diesem Täuschungsversuch erwischt wird, mit aller Unschuld sagen: „Noch unserer Auffassung ist unsere Tarifvorlage sehr wohl unannehbar.“ Man wird ihn aber nicht dabei ertappen, man wird vielmehr seine Erklärungen mit scheinbarem Glauben aufnehmen und über die Gewerkschaften herzichen, die wieder drauf und dran sind, die „nationale Arbeit“ zu schädigen.

Eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit liegt auch darin, dem Tarifentwurf jede größere Bedeutung abzusprechen, weil ja die Löhne und die Arbeitszeit örtlich geregelt werden sollen. Als wenn es überhaupt anders sein könnte! Gewiß schreibt die Bundesleitung nicht die Löhne für jeden einzelnen Ort vor, aber sie hat allen ihren Mitgliedschaften streng verboten,

eine Lohn erhöhung zu bewilligen. In dem Geheimprotokoll heißt es unter Punkt 5:

"Eine allgemeine Lohn erhöhung soll nicht bewilligt werden; wo in einer Stadt der Vertrag deshalb nicht zu stande kommen sollte, muß man die Regelung dem Bezirksverbande oder dem Deutschen Arbeitgeberbunde überlassen."

Damit ist gesagt, daß örtlich keine Lohn erhöhungen bewilligt werden dürfen, und dieser Beschluss ist vom Musterarbeitsrat gar nicht zu trennen. Mag die Bundesleitung einen Ort nennen, wo ihre Mitglieder bisher eine Lohn erhöhung bewilligt haben! Das ist ihr gar nicht möglich. Dagegen ist man am Werke, für viele tausend Bauarbeiter den Lohn zu füren. Man sieht also, auch diese Behauptung des bündischen Beirats entpuppt sich bei kritischer Prüfung als eine Vorstellung falscher Tatsachen. Auf der gleichen Stufe der Unwahrhaftigkeit steht die Entschuldigung darüber, daß man die Gewerkschaften nicht zur Verzerrung des Tarifentwurfs hinzugezogen hat: „... weil anders ein solches Muster überhaupt nicht zu stande gekommen wäre“. Das ist freilich richtig; ein solches Muster wäre sicher nicht zu stande gekommen, aber vielleicht ein besseres, das die berechtigten Ansprüche beider Vertragsparteien befriedigt haben würde. Das eben ist der springende Punkt: die Bundesleitung wollte die Gewerkschaften ausschalten, sie wollte einseitig distillieren, und wollte vor allem seinen Vertrag, den auch den Arbeitern Rechte zuversieht und diese sicher stellt. Wenn es dann weiter heißt, daß bisher fast nur Lokalorganisationen für Tarifabschlüsse in Betracht gekommen waren, so trifft auch das nicht zu. Samtlich die bestehenden Verträge in München, im Mainau, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie die früheren Verträge in Berlin und in vielen anderen Orten sind unter vorrangiger Mitwirkung der Zentralvorstände der baugewerblichen Gewerkschaften abgeschlossen worden.

Der Höhepunkt der tendenziösen Entstellung erreicht der Beirat des Bundes dort, wo den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht wird, sie wollten eine tariflose Zeit, um dann bei wieder steigender Konjunktur durch von ihnen distillierte Streiks und Sperren die sozialdemokratische Programmforderung des achtstündigen Arbeitstages zu erzwingen. Dagegenüber betonen wir nochmals — wohl zum hundertsten Male —, daß unser Verband wie alle baugewerblichen Arbeitgeberorganisationen in dem Abschluß von Tarifverträgen eins der wichtigsten Mittel zur Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft sehe. Erst vor wenigen Wochen schrieben wir in Ueber-einstimmung mit der ganzen früheren Haltung unseres Verbandes:

„Zu einem ehrlichen Vertrage, der die zeitgemäßen Forderungen der Arbeiter gebührend berücksichtigt und ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte respektiert, haben unsere Organisationen noch immer die Hand gebeten. Wir haben unsere Aufgabe immer darin gesehen, die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, ihre geistigen

Kräfte zu weden und zu mehren und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten anzustreben. Was in dieser Richtung liegt, ist uns Moral und Gebot. So auch die Tarifverträge. Das hört aber auf, wenn uns Verträge zugemutet werden, die keine Verbesserungen, sondern Verhinderungen bringen; wenn das Recht der Arbeiter an der Auflösung der Verträge so vergrößert wird, daß das Wort „Vertrag“ wie blauer Hahn läuft.“

Das ist so deutlich, daß wir auch heute nichts Besseres zu sagen wissen. Nun zu dem Vorwurf, wir wollten die Tariflosigkeit dazu benutzen, um irgendwelche Forderungen durchzudrücken. Der Vorwurf ist recht dum, denn eine solche Absicht wäre wohl verständlich, wenn wir von einem wirtschaftlichen Aufstieg ständen, sie wäre aber leicht in der gegenwärtigen Zeit, wo die niedergeschlagene Konjunktur die wirtschaftliche Macht der Unternehmer erhöht. Doch ganz gleich, ob töricht oder nicht, die Gewerkschaften haben sich solchen Erwägungen gegenüber stets zugehöflich verhalten. Der Normaltarif blutiger Gründer taugt nicht für das Verhältnis wirtschaftlicher Organisationen, die zu ihrem Zusammenarbeiten stets eines gewissen Maßes von Vertrauen in die gegenseitige Ehrlichkeit bedürfen. Wir wüßten nicht, wann und womit wir dem Arbeitgeberbund Veranlaßung gegeben hätten, uns solche Absichten zu unterstellen. Der Arbeitgeberbund erhebt diesen Vorwurf wider besseres Wissen, denn er kennt die feindselige Vertragstreue unserer Organisationen, die sich noch keines Vertragsbruches schuldig gemacht haben, wie die von Schmiedehaus verleiteten Unternehmer des rheinisch-westfälischen Industriebereichs im Jahre 1905, andere ebenso schamlose Verleugnungen von Treu und Glauben gar nicht zu gedenken.

Der Arbeitgeberbund verfährt aber, indem er in seiner ganzen Unverantwortlichkeit diesen Vorwurf erhebt, nach dem bekannten Motto jener Gauner, die, wenn sie verfolgt werden, schreien: „Haltet den Dicke! Denn er ist es, der einen Vertrag gegen Treu und Glauben begeht, indem er die Zeit der geschäftlichen Depression dazu benutzt, die Gewerkschaften durch Androhung großer Aussperrungen zu veranlassen, wichtige Rechte der Arbeiter preiszugeben. Diese Situation muß man sich vergegenwärtigen, um die Gemeingefährlichkeit des Treibens der Unternehmer zu erfassen. Welch abgrundtiefe Heuchelei ist es, wenn es in seinem Witz heißt, es sei seine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber, auf Annahme seines Musterarbeitsrates und der in Verbindung damit gebotenen Löhne zu bohren, selbst auf die Gefahr eines Kampfes hin, wie er so ausgedehnt noch nicht geführt worden ist! Pflichten gegenüber der Allgemeinheit? Wann hätten diese Leute jemals solche Pflichten anerkannt! Ist es auch eine Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit, wenn der Arbeitgeberbund jetzt bekannten Gentlemen nach Italien und Kroatien zieht, um dort Hörden anzutwerben, die den Unternehmern helfen sollen, die deutschen Bauarbeiter durch Hunger in das alte Joch der Willkürherrschaft zu zwingen?“

Mögen sich jene Leute, die heute noch die Sache des Arbeitgeberbundes als eine gute Sache ansehen, die Tatsachen anerkannt! Es freut uns über die Sache des Arbeitgeberbundes.

Wir glauben, wenn sie noch etwas gesunden Denkens und objektiven Urteils fähig sind, dann werden sie erröten vor Scham, daß sie sich für solche Interessen einzufangen ließen.

So läßt sich diese Auslassung des Arbeitgeberbundes mit Recht als einziges Gewebe von Unwahrheiten, Verdrüngungen und Fälschungen charakterisieren, einzig darauf ausgeschmitten, die Öffentlichkeit hinterz. Lücht zu führen und die vermeintliche Nolle, die der Bund in dieser ganzen Bewegung spielt, zu rechtstreiten. Einer zweiten, ähnlichen Auslassung der Unternehmer begegnen wir in mehreren anderen Blättern. Sie stammt vom Verband der Bau- und Gewerbe Berlins. Auch hierin wird dem „Normaltarif“ eine möglichst harmlose Bedeutung gegeben, ähnlich wie in dem Schriftsaal der Bundesleitung. Der Arbeitgeberbund wird es zum Vorwurf gemacht, daß sie behauptet, durch diesen Normaltarif wollten die Unternehmer in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen billigen. Das sei nicht wahr:

„Ein einfacher Blick auf den Normaltarif zeigt, daß diese Agitation von Grund auf unwahr ist. Alle hauptsächlichen Bestimmungen eines Arbeitsvertrags, z. B. diejenigen über Lohn und Arbeitszeit, Bezahlung von Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Einrichtung von partizipativen Sozialversicherungsmitteln und deren Zustanzenzung sind in dem Normaltarif nicht festgelegt, sondern unterliegen der Tarifvertragsstruktur, so daß allorts die besonderen lokalen Verhältnisse berücksichtigt werden und die hauptsächlichsten Bestimmungen des Arbeitsvertrages nach wie vor der freien Verhandlung der beiden Parteien vorbehalten bleiben.“

Das ist derselbe Schwindel, den wir schon oben mit dem Hinweis auf Punkt 5. des Protolls der geheimen Generalversammlung bloßgelegt haben. Um die Absicht, den Lohn nach Belieben zu füren, zu verbergen, wird dann das Wort „länglich“ im „Normaltarif“ mit der bekannten Redensart von der „sozialdemokratischen Gleichmacherie“ zu rechtstreitigen verucht. Dabei handelt es sich für uns um gar keine Gleichmacherie, sondern einzig und allein um Festsetzung einer untersten Lohngrenze, die das Existenzminimum darstellt, auf das nach allen Geboten der Menschlichkeit jeder Arbeiter einen wohl begründeten Anspruch hat. Diesen Anspruch verneinen die Unternehmer, wie und mit uns alle fortwährend und sozial denkenden Menschen bejahen ihn und sehen gerade in seiner Anerkennung eine der großen humanitären Aufgaben, zu deren Lösung die Arbeiterbewegung berufen ist. So stehen die Sachen:

Der Arbeitgeberbund vertritt das Interesse des Geldsacks, des Profits.

Wir vertreten die großen Interessen des sozialen Fortschritts, der Humanität, der Volkstumur.

Es freut uns übrigens sehr, daß sich die Unternehmer dagegen verhalten, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen billigen wollten. Es freut uns, weil daraus hervorgeht, daß auch die Unternehmer die Diktatur im Arbeits-

### Bauornamente aus Gussbeton.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Die Verwendung von Gussbeton zu konstruktiven Teilen hat bedeutend abgenommen; man hat immer mehr erkannt, daß durch Stampfbeton eine weit größere Festigkeit und Tragfähigkeit zu erreichen ist. Um so weniger ist über Stampfbeton zu ornamentalen Arbeiten geeignet, auch fügt die Ausführung feinerer Skulpturen in Stampfbeton auf technische Schwierigkeiten, während das Gießen von Schmuckteilen in Zement und Zementbeton immer weitere Fortschritte macht.

Das Gießen von Bauornamenten aus Beton geschichtet meistens in Gips- oder Leimformen; doch gelangen auch schon Maschinen für diesen Zweck zur Anwendung, deren Formstäben innen an einer Seite oder auch an mehreren die Matrizen zur Bildung ornamentierter Flächen aufweisen. Natürlich muß Gussbeton einen reicheren Wasserzuß aufreihen, als Stampfbeton; aber man muß auch hierin Maß halten, da ein zu reichlicher Wasserzuß eine Trennung der schwereren Teile von den leichteren bewirkt, so daß erstere nach unten sinken, letztere nach oben steigen. Auf diese Weise erhält das Werkstück in seinen Eingehalten eine sehr ungleiche Weißschwelle, und das muß unbedingt vermieden werden. Denn diese Bauornamente sollen nicht lediglich als Schmuckteile Verwendung finden, sie müssen auch eine genügende Tragfähigkeit besitzen, damit man sie gleichzeitig bei Herstellung des Mauerwerks mit vereinen kann. Die ungleiche Beschaffenheit des Materials in den oberen und unteren Teilen hat auch die Bildung von Rillen zur Folge, welche wiederum die Festigkeit beeinflussen und zum Eindringen von Niederschlagswasser und Frost Veranlassung geben. Die häufig beobachtete Erfahrung, daß der Vorlandzement insofern seine hohen spezifischen Gewichte nach unten sinkt, so daß der untere Teil der Skulptur, des Gesimses oder Ornamentes eine stetige Mischung erhält, während der obere Teil mager anstellt, hat dazu geführt, daß man zu Gussbeton nur noch scharf abbindende Bemente verwendet. Die Masse erstarzt schneller, und im Stadium des Erhärtings kann der Zement nicht mehr nach unten sinken. Der scharf abbindende Zement ergibt aber Werkstücke von geringerer Festigkeit — ein Umstand, mit welchem man jedenfalls rechnen muß. Bei konstruktiven

Teilen fällt das allerdings viel mehr ins Gewicht als bei ornamentalen Baublöden, denen man sehr hohe Kosten ohnehin nicht aufzubinden wird.

Für den Gussbeton pflegt man grobe Ziegelformen nicht zu verwenden, da die betreffenden Zuschläge sich unmittelbar an den Sichtflächen des Ornament- oder herstellerbar machen würden. Aber anderseits ist es durchaus nicht angebracht, zu glatte Sichtflächen anzustreben, also nur ganz feinen Sand zu verwenden, nein, es ist auch größerer Kies geeignet, und im übrigen gibt es Methoden, die Sichtflächen aus einer seinemet, den Kern aus einer größeren Mischung herzustellen. Das Gießverfahren, die Rauhheit und Farbung des Zements zu überwinden, muß man als einen Schlagriff bezeichnen; man wird die Grundfrage für die künstlerische Behandlung des Zementbetons aus der Natur des Materials ableiten müssen. Die allgemein bekannte Neigung, den Bauornamenten aus Zementbeton eine möglichst glatte Oberfläche und eine heitere Färbung zu verleihen, kann nur durchzuführt werden, daß den betreffenden Bildhauern bei ihren Arbeiten die seit vielen Jahrzehnten gebräuchlichen Ornamente in Gips und Stuck vorschweben. Aber diese heitere Färbung und die glatte farbte Form ist der Natur des Gipses wohl angemessen, aber keineswegs der Natur des Zements, und noch weniger derjenigen des Zementbetons. Erst in altertümlicher Zeit haben Bildhauer und Bildbauer, welche derartige Arbeiten ihr Interesse entzogen, einen neuen Weg eingeschlagen, indem sie gerade die Rauhheit des Materials zur Erzielung gewisser künstlerischer Effekte verwerteten. Sie erkannten, daß der steinartige Charakter dieses Materials zur Nachbildung rauh behauener Steinornamente geeignet mache, und daß die rauh wirkende Struktur gewisser vulkanischer Gebilde gar nicht besser als durch Verwendung von Zementbeton zu erzielen sei. Sie beobachteten, daß Ornamente aus größerem Gussbeton häufig wie Ornamente aus verwittertem Stein erscheinen, und da man der Wirkung derartiger verwitterter Steinornamente gewisse künstlerische Effekte nicht absprechen kann, so verwenden sie darüber Schmudstücke zu Fronten, Denkmälern, Brunnenanlagen, monumentalen Säulen, Skulpturen usw., denen sie einen felsartigen Charakter verleihen wollten. Wohl in umfassender Weise wurde diese Technik auf der Bayerischen Jubiläumsausstellung in Nürnberg im Jahre 1906 angewandt; man kann aber auch heute Ornamente dieser Art

an sehr zahlreichen großstädtischen Gebäuden sehen. Die Arbeiten wirken sehr vorlebhaft, und fast will es scheinen, daß die Schwere, Dementz und Gussarbeiten wie Gips zu übendeln, jetzt überwunden ist.

Das Färben des Gussbetons ist mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft, aber keineswegs ganz zu verwerfen; es müssen nur Farben gewählt werden, die einmaß der dunklen Naturfärbung des Zements entsprechen, nicht chemisch auf die einwirken und nicht selbst durch den Zement zerstört werden. Zum Färben des Zementbetons können nämlich nur solche Erdfarben Verwendung finden, die den Einflüssen des im Vorlandzement enthaltenen Kalzes zu widerstehen vermögen; außerdem ist die Verwendung zarter Farben bei dem dunklen, grau-grünen Ton des Vorlandzements an sich schon ausgeschlossen.

Es sind, wie ich oben schon andeutete, zwei Methoden zum Färben von Gussbetonplatten anwendbar: man kann entweder die ganze Masse mit Farbe durchsetzen, also diefe die Form bringen und dann die größere Hinterfüllungsmasse nachschütten. Durch die zweite Methode erhält das Arbeitsstück nur eine dünne gefärbte Schicht, die sich während des Erhärtings der Oberfläche mit der Hinterfüllungsmasse verbindet. Bei dieser Methode wird man der gefärbten Schicht, die zugleich die plastische Form des Ornamentes zu bilden hat, einen etwas reicheren Zementzusatz geben. Aber im allgemeinen wird bei Gussbeton der Zeller gemacht, daß man den Zement als Hauptmaterial betrachtet, während er auch hier nur Bindemittel sein soll. Beides gibt man diesen Bauornamenten einen Grad der Festigkeit, der in gar keinem Verhältnis zum Zwecke der Verwendung steht. Man wird sich immer wieder vergegenwärtigen, daß der Zement nur den Sand und Kies zu einer festen Masse zu vereinen hat, und wenn die erzielte Mischung die durchdringliche Festigkeit gewöhnlichen Ziegelmauerwerks erhält, dann wird dies in den weitaus meisten Fällen schon ausreichen. In Wahrheit wird dieses Werk in der Regel weit überschritten, mit andren Worten: man verwendet häufig für Ornamentzwecke Zementzusatz, was man mit einem mageren Zementzusatz austun, ja, sogar mit diesem schöneren Wirkungen zu erzielen vermag.

vertrag für zu überlebt halten, um sie noch länger offensivisch verteidigen zu können. Aber ihre Bewahrung ist vergebens. Sie haben einseitig, ohne die Gewerkschaften zu berücksichtigen, ohne sie um ihre Meinung zu fragen, ein Vertragschema aufgestellt, das für die überwiegende Mehrheit der Vertragsorte bedeutende Verschlechterungen enthält; denn es ist nicht wahr, daß der Verband der Berliner Baugeschäfte scheinen läßt, daß nämlich aus den bestehenden Verträgen „die sich stets gleichbleibenden Bestimmungen herausgezählt und zu einer Art Mustervertrag zusammenge stellt“ worden seien. Das ist nicht wahr! Welcher von den jetzt ablaufenden Verträgen enthielt das Wort „Lückig“? Welcher Vertrag enthielt das Verbot der Agitation in den Räumen? Das waren bisher so gut wie völlig unbekannte Dinge, und diese will der „Arbeitgeberbund“ jetzt den Gewerkschaften mit der Androhung großer Ausperrungen aufzutragen. Wir fragen: Ist das eine Diktatur? Ist das nicht ein gewaltames Verfolgen der bisher im Baugewerbe üblichen Formen? Und diesen Narren Tatbestand will der Arbeitgeberbund verdunkeln. Über er kann kein Glück damit haben, denn allzu offensivisch ist:

**Der Arbeitgeberbund kämpft gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter, für seine unbeschrankte Diktatur.**

**Wir kämpfen für die Gleichberechtigung der Arbeiter, gegen die Diktatur des Arbeitgeberbunds.**

Wer damit der Allgemeinheit besser dient, ist wohl keine Frage, und es ist sehr wohl zu erklären, warum sich der Bund bemüht, diese klare Sachlage zu verbunteln. Soweit das in unseren Kräften steht, soll es ihm nicht gelingen. Will er den Ritter des Unternehmerscholäusismus sein, so möge er auch den Mut haben, das zu sagen, aber er hülle sich nicht in den Mantel eines sozialen „Modernismus“; denn er täuscht doch nur die, die getäuscht sein wollen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresberichte der Großbanken: hohe Verzinsung, Verluste aus Verpachten und Beteiligungen, die Dividenden ergebnisse — Das Reichsbankjahr — Diskonturthebung — Schwankungen der Getreidepreise.

Die Jahresberichte unserer Großbanken erscheinen einer nach dem anderen, und bei der enormen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Institute gebietet sich ein Eingehen auf einige hervorragende Grundtatsaden ganz von selber. Alle Banken konnten von der lebensjährigen Erhöhung des Zinsfußes außerordentlich profitieren. Wenn der durchschnittliche Reichsbankdienst 1907 (für Wechsel) auf 6,033 p. st. stand, dagegen 1906 nur auf 5,15 p. st., 1905 sogar nur auf 3,82 p. st., so läßt sich denken, um wieviel rentabler die Banken ihre Gelder im Wechsel und Kontokorrentgeschäft verwenden konnten. „Unser Erfolg auf Binnen- und Wechselfonto stieg unter diesen Verhältnissen auf M. 19.505.544 gegen vorjähriges M. 16.912.433, um nicht weniger als M. 2.593.101, was ... eine ansehnliche Steigerung des prozentualen Zinsfußes bedeutet“, schreibt die Dresdener Bank. Ähnlich der ihr verbündete Schaffhauser Bankverein: „Das Binfonto ergibt einen Überdruck der vereinahmten über die gezahlten Binen in Höhe von M. 8.282.708,75 gegen M. 6.903.287,84 im Vorjahr; die wöchentlich den größten Teiles des Berichtsjahrs herrschenden teuren Binfondrate haben die Einnahmen auf Binfonto günstig beeinflußt.“ Die hohen Zinsfalle haben uns Mehrgewinne gebracht“, erzählt die Nationalbank mit Herrn Bitting. „Der höchste Zinsfuß brachte uns (auf Darlehen und Effettentreppe) eine Gewinnübernahme von über 4 Millionen Mark.“ Leider wird bei der Deutschen Bank und wiederum bei der Berliner Diskontogesellschaft: „Die hohen Geldzinsen haben im Kontokorrent- und im Wechselgeschäft erhöhte Gewinne gebracht, der Ausfall in anderen Geschäftszweigen deuten konnt.“

Natürlich darf man dabei nicht übersehen, daß den anstehenden Bruttoerträgen vielfach auch wesentlich höhere Ausgaben für die Verzinsung der anvertrauten und veranlagten fremden Gelder gegenüberstanden. Besonders seit dem amerikanischen Zusammenbruch zog das Ausland viele seiner Guthaben zurück; ebenso reduzierte und verbrauchte unter der wachsenden Wechselfaktionsnot die inländische Industrie mehr und mehr ihre eigenen Guthaben, so daß die Erfüllung nicht leicht fiel und oft ganz unterblieb. Die Dresdener Bank hebt ausdrücklich hervor, „daß habe ich zuletzt nicht mehr kontinuierlich fremde Gelder zu Binfosten zur Verzinsung zu übernehmen, die eine Verwendung im Wechsel- und Reportgeschäft mit angemessenem Nutzen nicht zuließen; infolgedessen waren am Wechselfonto unsere Anlagen auf Reportkonti und Wechselfonto entsprechend niedriger als im Durchschnitt des Berichtsjahres.“

Doch vermag das das vorteilhafte Bild nicht allzusehr zu ändern. Die dunklen Schatten fallen vielmehr von einer ganz anderen Seite herein: die Produktionsförderung und die Börsenkrise hat die Banken auf ungewöhnlichen Verträgen von übernommenen Anteilen, Aktien, Pfandbriefen und sonstigen Effekten sitzen lassen, die sich älteren und jüngeren Börsständen gewaltig entwertet und hat auch sonst noch manche bittere und kostspielige Erfahrung bereitet. So ist der Schaffhauser Bankverein glücklich dahin gekommen, daß er zwar an seinem Besitz von M. 800.000 Aktien der Internationalen Dohrgesellschaft nicht weniger als 4 Millionen Mark verdient hat, im ganzen jedoch an Gewinn aus Effekten und Kontofällen (Beteiligungs-) Geschäft nur 1,0 Millionen aufweist, an der Mehrzahl seiner hierher gehörigen Geschäfte also Verluste empfindlicher Art erlitten hat. Die Dresdener Bank teilt mit betrüblicher Miene mit, daß sie, um das reguläre Bant-

geschäft zwischen Canada, Nordamerika und Europa zu pflegen, mit J. P. Morgan und anderen Freunden sich an der Erhöhung des Kapitals der Sovereign Bank von Canada beteiligt habe, mit Münzen „für uns in Höhe von nominell 350.000 Dollar (fast 1½ Millionen Mark) ... Die Bank ist zu Beginn des neuen Jahres, nachdem sie statutenwidrig Befehle der Direktion Verluste erlitten hatte, infolge der Nachwirkung eines Depostenzurückes des Einlegers in Liquidation getreten... Wir halten es für richtig, unseren Aufenthalts schon zu Kosten des alten Jahres auf eine (!) Mark abzuschreiben.“ Die Hamburger Filiale ist „durch unrechtmäßige Manipulation mit beliebten Waren seitens der Darlehennehmer gefälscht“ worden. „Die Nationalbank hat an der pleite gegangenen Hamburger Firma Galler, Söhle & Co. Geld verloren. Vergleichsweise sehr umfänglich scheint dagegen die Deutsche Bank operiert zu haben, obwohl sie natürlich ebenfalls bestellt und führt.“

Alles in allem jedoch können unsere Nischenbanken auch auf das Jahr 1907 verbrieft zurückblicken, das aus schließlich setzte Jahre wie 1906 können sie beruhnterweise nicht erwartet haben. Die Deutsche Bank hat allerdings in den drei letzten Vorjahren, übermals eine Dividende von 12 p. st. in Vorschlag gebracht (auf 200 Millionen Mark Aktienkapital). Die Dividende der Dresdener Bank bleibt zwar um 1½ p. st. hinter dem Vorjahr zurück, beträgt aber immer noch 7 p. st. auf 180 Millionen Mark Aktienkapital. Ähnlich ist Schaffhausen zwar um 1½ p. st. zurückgegangen, doch bleiben gleichfalls 7 p. st. Dividende auf heule 145 Millionen Mark Kapital (1906 150 Millionen Mark). Die Nationalbank schlägt 6 p. st. vor auf 80 Millionen Mark Kapital, die Diskontogesellschaft 9 p. st. auf 170 Millionen Mark Kommanditkapital.

Die Reichsbank, der wir uns auletz aufwenden, hat als Kreditgeberin die Vorteile des hohen Zinsfußes genossen, während sie auf der anderen Seite, nach ihrer ganzen Verfassung als Notenbank, verlustbringenden und gewagten Geschäften fernbleiben muß. Ihre Bilanz schiebt daher den Vogel so, wie ragt über alles Vorangegangene hinweg. 1905 verteilt sie an die Aktionäre (seit Anfang 1905 Aktienkapital 180 Millionen Mark) 6,15 p. st., 1906 8,22 p. st., 1907 dagegen volle 9,89 p. st. Dividende. Dazu erhält das Reich folgende Gewinnzunahmen (gleich % des über 3½ p. st. Aktiendividende hinausgehenden Gewinnes): 1905 14,33 Millionen Mark, 1906 25,47 Millionen Mark, 1907 34,51 Millionen Mark. Der gefante Reingewinn stieg also in den letzten drei Jahren von 25,41 Millionen Mark auf 40,26 und schließlich sogar über 52,31 Millionen Mark. Dazu kommt, daß die steuerfreie Notenbank, sonst (selbst im angehenden Vorjahr 1906 nur 17 mal) übertritten wurde, so daß weiter dem Reich als Notensteuer 5,60 Millionen (1906 3,69 Millionen Mark) aufzufallen. Trop aller erstickten Krediteneinführung war der Gesamtumlauf der höchste je vergleichbare: 299 Millionen Mark gegen 279,22 Millionen Mark in 1906, 251,27 Millionen Mark in 1905, 221,59 Millionen Mark in 1904, 205,29 Millionen Mark in 1903, und durchschnittlich nur etwa 190 Millionen Mark in den drei stillen Jahren 1900 bis 1902. Ganz unergründlich ist jedoch selbst die Reichsbank mit ihrem soliden Wechsel- und Lombardgeschäft nicht geblieben. Für zweifelhafte Forderungen sind diesmal fast 2,71 Millionen Mark reserviert, gegen nur M. 590.600 in 1906. Außerdem in der Geist Grünenwalds noch immer nicht zur Ruhe gekommen; es sind im Berichtsjahr weiter M. 344.000 für nachträglich entdeckte Banknotenfälschungen vom Gewinne abgesetzt worden, so daß hierfür der Gesamtverlust bereits etwas über 1,6 Millionen Mark beträgt, ob das man, wie es scheint, endgültig von einem Abschluß dieser Affäre reden kann.

Lebriegen hat nunmehr die Erleichterung des Geld- und Leihkapitalmarktes weitere Fortschritte gemacht, die wohl kaum so bald verschwinden werden, falls nicht politische Zwischenfälle eine Rolle spielen. Die Bank von England hat am 5. März ihren Diskont von 4 auf 3½ p. st. herabgesetzt. Die Reichsbank ging am 7. März von 6 p. st. die seit dem 25. Januar beständen, auf 5½ p. st. herab. Dabei sprach aber der neue Präsident Habenstein vor dem Zentralausschuß nochmals die nicht minzuverstehende Warnung aus: man möge sich Zurückhaltung in neuen Geschäften aufstellen, da der Stand der deutschen Zentralnotenbank sich zwar besser, aber immer noch eine starke Anspannung verrate.

Die selbstsamen Wellenläufe zeigen nach wie vor der Getreidemarkt. Während wir vor 14 Tagen einen ganz beträchtlichen Preisabfall konstatieren konnten, steht gleich darauf die Preisstreberei von neuem ein, um in den allerletzten Tagen wieder in einem freilich schwachen Umtschlag nach unten zu enden. Wir hatten Maiwiesen am 22. Februar mit M. 203 bis 204 pro Tonne verlassen, in den ersten Märztagen ging er bis über M. 214 hinauf, am 7. März notierte er M. 211 bis 212. Mairogen verließen wir mit etwa M. 196, er stieg bis Anfang März über M. 206, und notiert jetzt wieder etwas über M. 202. Dabei verlieren sich die Urteile über die tatsächliche Weltlaster, über die Lieferfähigkeit Argentinens und ähnlicher Kornmärkten noch immer ins Ungeheue, so daß vergängliche Stimmungen und fiktive Märkte eine größere Rolle als spielen können.

Berlin, den 8. März 1908. Mag Schippe.

### Politische Rundschau.

#### Aus dem Reichstag.

Kein Geld für Erhöhung der Beamtenbefördung, Fortsetzung und Schluß der zweiten Beratung des Gesetzes des Reichsgerichts des Innern. Ein Jünker als Schärfmacher. Resolutionen. Invalidenversicherung. Seeunfälle. Amtliche Streitstatistik. Ziegelhüttenproletarier.

Die Erledigung des Gesetzes des Reichsgerichts des Innern nahm nach drei langen Sitzungen, von denen zwei mit kurzer Beratung bis 12 Uhr nachts ausgedehnt wurden, in Anspruch. Im Sonntagnachmittag ist die Vereinbarung getroffen, daß die zweite Beratung des Gesetzes bis zum 24. März und die dritte in den drei Tagen vom 27. bis zum 29. März erledigt werden soll.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg kommt einen Tag verschaffen. Am Dienstag, den 10. März, wurde die Beratung seines Gesetzes unterbrochen durch die Beratung einiger Interpellationen (konervative, National-liberale, Freisinnige und Zentrum), betraf die Einbringung der Beamtenbefördungsvorlage. Im Herbst vorjähriges Jahres hatte die Regierung die Einbringung dieser Vorlage angekündigt. Aber sie ist nicht gelommen. Die Interpellation wurde von den Herren der betreffenden Parteien mit einem großen Aufwand von „Beamtenfreundlichkeit“ begründet. Sie weitererten in Versicherungen, der notleidenden Beamtenchaft helfen zu wollen. Die Frage war „nur“ die: wieviel Mittel dazu genommen werden? Aus neuen Steuern? Und aus was für Steuern? Dieselben Fragen, welche die Regierung bis jetzt hat nicht lösen können, weshalb sie denn auch ihrer Verjährung nach die Vorlage nicht einbringen konnte. Für die Sozialdemokraten sprach Abgeordneter Singer, der die Vorlage noch in dieser Session verlangte und energetisch Stellung nahm zu dem Beruf, die Deckungsfrage durch Einführung neuer indirekter Steuern zu lösen oder zu einer Anleihe zu greifen. Man möge sie der Reichsfinanzminister und Vermögenssteuer schreiben.

Die Debatte zum Stat des Reichsgerichts des Innern besaß ihren vorwiegend sozialpolitischen Charakter. Bunt gingen die Ansichten, Wünsche und Beschwerden durcheinander. Abgeordneter Naumann von der Freisinnigen Vereinigung vertrug, dem Arbeitersammler Gesetzentwurf einige „gute“ Seiten abzunehmen. Nach Ansicht des Antisemiten Grafe müßten die Warenhäuser und Konsumentenvereine „erdrosselt“ werden, weil sie sonst den „Mittelstand erdrosseln“. Ein alter antisemitischer Blödmann. Der konervative Abgeordnete v. Brodhausen hielt auf Kosten der „dauergewerblichen“ Arbeiter einen Schärfmacherred. Er sagte u. a.: „Übertraut ist die Lage unseres Bauhandwerks. Deshalb muß ich mit einigen Worten auf den Maurerstreit eingehen. Die Löhne der Bautenarbeiter sind erheblich gesunken. Auf den Bauten herrschen nicht mehr die Bauunternehmer, sondern die sozialdemokratische Lohnkommission; sie entscheidet über Aufstellungen und Entlassungen, nicht über die Arbeitgeber. Als die Verlängerung des Tarifs vor Verhandlung stand, verlangten die Arbeitnehmer von vornherein den achtstündigen Arbeitstag. Das Einigungsmal, das angerufen wurde, gestand diesen nicht zu, wohl aber Lohnherhöhungen. Die Arbeitgeber nahmen den Schiedsspruch an, nicht aber die Arbeiter. Deshalb entschlossen sich die Arbeitgeber im Mai zur Ausserrung. Darauf entstand ein allgemeiner Streit im Juni und Juli. Arbeitsswillige waren zwar sehr viele vorhanden, aber gegenüber dem Terrorismus vieler Täuscher gehört sehr viel dazu, arbeitswillig zu bleiben. Und unsere Polizei ist dem Terrorismus gegenüber machtlos. Daß Arbeitsswilligen gegeben ist leider in einer sehr bedauerlichen Art und Weise verabschiedet worden. Der Arbeitgeber muß, umschobdet aller Tarife, darüber entscheiden, ob der einzelne Arbeitertätig und weiter zu beschäftigen oder zu entlassen ist.“

So kommt, wenn Jünter redet, die „Wahrheit“ über die böse sozialdemokratische Bauarbeiter an den Tag.

Nachdem der Blod diesen Teil der Debatte durch Annahme eines Schlußantrags ein Ende gemacht hatte, wurde über eine Reihe Resolutionen abgestimmt. Eine Resolution des Zentrums auf baldige gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter, der privatrechtlichen Verhältnisse der Berufssvereine aller Art, zur Errichtung von Arbeitersammlern und auf Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen, ebenso die Resolution des Zentrums auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit derselben Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in Konditoreien und sonstigen Kaufmannsbetrieben geregelt wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forderungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Resolution Schack (Wirtsch. Bg.), die die Reichsregierung erachtet, mit dem Arbeitersammlerleidtwurf auch einen solchen über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergleichs und des Knappelschaftswesens gelangte, gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde eine sozialdemokratische Resolution, in dem die generelle Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Innenschiessfahrt beschäft

stellung einer Berechnung über die Wirkung der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug einer Altersrente auf das so. Lebensjahr, eine Resolution Schad auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch für alle Wahlen von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter auf Grund der Arbeiterversicherung, und der Arbeiterschutzgesetz das System der Verhältnisse wählen rechtmäßig vorgeschrieben wird; eine Resolution des Zentrums auf Regelung der Frage der Kartelle, Trusts und ähnlichen Vereinigungen; eine Resolution der Konservativen, in der ein Gesetzentwurf verlangt wird, in der die aktive und passive Beziehung der in Privatunternehmungen angestellten Personen sowie den Versuch hierzu unter Strafe stellt; eine Resolution der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der bezüglich der Gehälter, der Rechtsanwalte, Rechtsanwälte, Notare und Rechtsanwälte, ferner der Beamten und Angestellten der Krankenfassen usw. über die Arbeitszeit, die Kindungsfristen und die Sonntagsruhe die gleichen Schutzwürdigkeiten vorstellt, wie sie das Handelsgesetz und die Gewerbeordnung für die Handelsangestellten enthalten; eine Resolution Neuer (nat.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, in dem eine bessere Unfallfürsorge bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, enthalten ist, und schließlich eine Resolution Riesenberg (Wirtsh. Bg.) auf Abänderung der Gewerbeordnung nach der Richtung, daß den Innungen das Recht verliehen wird, für gleichbleibende Leistungen unter Zustimmung der Aufsichtsbehörden Mindestpreise festzulegen. Abgelehnt wurde eine Resolution der Sozialdemokraten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der alle Arbeit im Dienstverhältnisse durch rechtmäßige Vorschriften einheitlich regeln soll.

Beim Titel Belastung des Reichs aus den auf Grund des Invalidenverleihungsgelehrts zahlreichen Renten (61 Millionen Mark) nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Sachse das Wort, um energische Kritik zu üben an dem rigoristischen und ungerechten Verfahren, das vielfach den zum Rentenbezug Berechtigten gegenüber steht. Es hat sich eine schlimme Verwaltungsbürokratie Pruzis, die auf Richtbewilligung und auf Entziehung der Renten gerichtet ist, herausgebildet. Dahingegen sind die Verwaltungskosten, insbesondere die Gehälter, beständig gestiegen. Mit dem System der Vertrauensbrüder müsse gebrochen werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführung wies Sachse auch auf das Rentenconsulentum hin, dessen Kundstathauptsächlich die Arbeiter sind. Wenn man sich über dasselbe beklage, so möge man bedenken, daß es nur da florierte kann, wo es keine Arbeiterorganisation, die Rechtsbeistand gewahrt, und keine Arbeitersecretarie gibt, die für Arbeiter ungernicht nur gerechte und ausreichende Sachen vertreten.

Gegenüber dem freimaurerischen Abgeordneten Mugdan verteidigte der sozialdemokratische Abgeordnete die Stellungnahme der Krankenfassen in der Frage der freien Aerztewahl, die nicht eine Forderung der Sozialdemokratie, sondern der Arbeiter ist.

Beim Kapitel: "Behörden für die Untersuchung von Seunfällen" brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Wehrholt schwere Klagen im Schiffbauwesen zur Sprache, so u. a. den, daß die Regierung der Frage der Selbstständigung der Koblenz auf Schiffen nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt habe. Der freimaurerische Abgeordnete Dr. Heschler verteidigte gegenüber dem sozialdemokratischen Abgeordneten H. Koch die Seefahrergenossenschaft, wofür ihm der Regierungsvorsteher Geheimrat v. Jonquieres belohnt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien nahm Anlaß, die vom Statistischen Amt veröffentlichte Streitstatistik als eine schlechte mangelhafte und ungenaue Schrift zu kritisieren. Eine gute derartige Statistik ist nur unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen möglich. Das Statistische Amt aber läßt sich von der Polizei informieren. Legien sagte u. a.: "Das unter jenen Umständen die Streitstatistik nicht gut werden kann, ist selbstverständlich. Das Statistische Amt hat jetzt die Angaben über die territoriale Verteilung, über Beginn und Ende der Streits fortlassen und dadurch den Gewerkschaften die Nachprüfung der Angaben der amtlichen Streitstatistik erschwert. Gleichwohl wurden in diesem Jahre nicht weniger als 267 Streits von der Generalkommision als fehlerhaft ermittelt. Das ist die Folge davon, daß durch die Frage nach dem Kontraband die Streitstatistik zu einer Kriminalstatistik wird. Die Feststellungen der Generalkommision über die Mängel der Streitstatistik im 'Correspondenzblatt' werden im Statistischen Amt und im Reichsamt des Innern ganz genau gelesen. Außerdem haben wir von der Generalkommision eine ausführliche Eingabe über die Reform der Streitstatistik im Jahre 1904 an das Reichsamt des Innern gerichtet. Vor einiger Zeit erhielt ich die Antwort, daß die Erörterungen noch nicht abgeschlossen seien. In allen ausländischen Ministerien liegt man unser 'Correspondenzblatt' ganz genau. Ist es der Regierung angenehm, daß man in den ausländischen Arbeitsämtern ständig erfährt, daß eine der wichtigsten Statistiken — dafür hält man die Streitstatistik wenigstens im Auslande — in Deutschland durchaus ungültig und falsch ist? Ich möchte also an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit die Erörterungen über Reform der Streitstatistik gediehen sind?"

Der Staatssekretär erwiderte: "Die Gewerkschaften ihrerseits wären wohl auch nicht in der Lage, eine vollständige Streitstatistik zu schaffen. Die Frage nach dem Kontraband kann nur von einem mangelnden Rechtsgelehrten bestimmt werden; sie gehört zu einer wissenschaftlichen Erforschung des Streits. Mit der Eingabe der Generalkommision, so heißt sie ja wohl, habe ich mich noch nicht beschäftigen können, wie mit anderen Fragen meines Ministeriums auch. Ich nehme aber gern alle Vorschläge entgegen, die zu einer wirklichen Verbesserung der jetzt mangelhaften Streitstatistik führen können."

Aus den Debatten zum Kapitel "Reichsgesundheitsamt" ist hervorzuheben, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Brüllwitz an der Hand der Gewerbebelebungen berichte darlegte, daß die Gesundheitsverhältnisse

in den Ziegelausleitungen außerordentlich schlecht sind, nämlich in Ostpreußen werden in den Ziegelausleitungen russische Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz ungenügender Weise untergebracht. Aber seitens der Polizei geht man den hierdurch entstehenden unfehlbaren Zuständen nicht zu Leibe. Was für Zustände in den Kaserne für die Wanderarbeiter entstehen, wo keine ordentlichen Schlafstätten vorhanden sind, brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Auch der Schnapsmacht in den Ziegelausleitungen unter den Arbeitern immer mehr durchdringt. Die Straßen, welche zuweilen über die Ziegelausleitungen oder die Betriebsführer verhängt werden, sind so gering, daß sie nicht dabei stehen, majestätisch Schnaps zu trinken, kann nicht entgegengestellt werden, weil sonst festgestellt werden kann, ob sie höher als die ordentlichen Preise berechnen. Auch die Kinder arbeiten in den Ziegelausleitungen sehr groß. Der Fabrikinspektor in Landsberg hat festgestellt, daß ein Kind von 18 Jahren abwechselnd Tag und Nacht an der Maschine beschäftigt wird. Einmal mäßig sehr stark belastet werden. Wenn aber Straßen betragen sie 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 Stunden beschäftigt werden. In einem Betrieb werden Kinder von 14 Jahren sogar 15 Stunden beschäftigt. Ein 14jähriger Knabe wurde von 2 bis 7 Uhr morgens mit einer sehr gefährlichen Arbeit beschäftigt und dann bis mittags 12 Uhr mit anderen Arbeiten. Nach anderthalb Stunden Pause wurde er nochmals 5 Stunden beschäftigt, hat also eine Arbeitszeit von fast 16 Stunden. Aber auch am Sonntag muß dieser Knabe außerdem noch von 2 Uhr morgens bis 8 Uhr abends den Ringen bedienen, also 16 Stunden. Solche Arbeitgeber, die den Kindern die Kindheit und den Jugendlichen die Jugendzeit nehmen, müssen aus schärfste bestraft werden.

Auch auf die Schlüsse Wöhrling über Verhältnisse der Arbeiter lenkte der Redner die Aufmerksamkeit des Hauses. Sein Fraktionsgenosse Abgeordneter H. Huebner betonte die Notwendigkeit der Einziehung der Arbeiter zur Betriebskontrolle hervor.

Am Freitag, nachts 11 Uhr, war die zweite Beratung des Amts des Reichsgerichts des Innern beendet. Und nun werden die Blockparteien unter Jubelstimmen des Debatenschlusses die Erledigung der übrigen Staatsrechts bescheinigen. Große und ernste Debatten werden die Positionen "Reichsanzler" und "Kolonialamt" noch bringen.

Die Arbeitslosenzählung, die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlin beantragt worden war, hat der Magistrat abgelehnt.

In einer "unverbindlichen" Besprechung hatten Anfang Februar Mitglieder der Statistischen Deputation mit dem Direktor des Statistischen Amtes und Vertretern der beruflichen Arbeiterorganisationen Berlin (Gewerkschaftskommission, Hirsch-Französische und französische Organisationen) über die Durchführung der Zählung Rücksprache genommen, und die Berliner Gewerkschaftskommission hatte sich bereit erklärt, 24 000 Gewerkschaftsmitglieder zum unentgeltlichen Auskragen und Einholen der Zählkarten zu veranlassen. Obwohl bereits am 14. Februar dem Statistischen Amt und dadurch dem Magistrat mitgeteilt worden war, daß die Gewerkschaftskommission 24 000 Jäger zur Verfügung stellen wolle, wurde doch erst am 5. März eine Sitzung der Deputation für Statistik abgehalten, in der Stadtrat Weigert mitteilte, daß der Magistrat von einer solchen Zählung Abstand nehmen.

Und weshalb? Der Magistrat mache geltend, daß er die vorschlagene Methode, Zählkarten in jede Wohnung zu tragen und sie nach einigen Tagen wieder abholen zu lassen, nicht für genügend zuverlässig erachtet.

Eine falsche Zählung der Zahl der Arbeitslosen könnte ab in weiten Kreisen Beunruhigung hervorrufen, so daß es besser ist, wenn die Zählung unterbleibt. Es fehle bei dieser Art der Zählung jede Kontrolle über ihre Richtigkeit.

Vergeblos wurde sozialdemokratisches dagegen geltend gemacht:

Eine zuverlässige Arbeitslosenzählung könnte nur durch direkte Zählung zu stande kommen, eine andere Methode gebe es zur Zeit nicht, um die Arbeitslosigkeit festzustellen. Die Befürchtungen der Arbeitsnachweise, Krankenfassen, Organisationen, Invalidenversicherung geben ein unvollkommenes oder garade falsches Bild. Wenn aber direkt Zählung notwendig ist, wie wolle der Magistrat eine solche veranstalten, wenn ihm nicht die Arbeiterorganisationen dabei helfen? Auch gegen Bezählung werde er bestreit, zuverlässige Zählkarten überweisen soll, die aber nicht wie beim Reichsamt vielfach, sondern wöchentlich Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen und die ihnen den Gewerkschaften usw. gesetzten Unterstützungen geben.

Der Magistrat erklärte sich dann mit einer ständigen Statistik der Arbeitslosigkeit in Berlin einverstanden. Es wurde beschlossen, daß in ähnlicher Weise wie vom Reichsstatistischen Amt, die Berufskommissionen der Arbeiter um Auskunft erfragt werden, so auch das Statistische Amt Berlins den Berufskommissionen eine fortlaufende Zählkarte überweisen soll, die aber nicht wie beim Reichsamt vielfach, sondern wöchentlich Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen und die ihnen den Gewerkschaften usw. gesetzten Unterstützungen geben.

Der Statistiker des Statistischen Amts, Professor Silbergleit, erfuhr, der Deputation baldigst eine schriftliche Aufforderung seiner Vorlage zu machen, in welcher Weise mit Befüllung der Krankenfassen und anderer Organisationen eine fortlaufende Überwachung über die Beschäftigungsstellen gegeben werden kann.

So ist aus den vielfachen Beratungen wenigstens ein, wenn auch das gegenwärtige Bedürfnis durchaus nicht befriedigendes Resultat herausgekommen.

Die Arbeitslosenverfürung vor dem bayerischen Landtag. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag an die Kammer der Abgeordneten gebracht:

"Die Kammer wolle beschließen: Es sei die Staatsregierung zu erüben, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten."

Der Abgeordnete Simon (Vorsitzender des Schuhmacherverbandes) betonte bei der Begründung des Antrages, daß der Staat die Pflicht hat, die Not der Arbeiterschaft zu mildern, wie die anderen Verhältnisse. Redner erinnerte an das Grundstiftungsgesetz, die Hagels- und Viehversicherung und dergl. Der Staat habe um so mehr die Verpflichtung, weil die Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktion ist, welche vom Staat in jeder Weise gefördert wird. Es könne nicht bestreiten werden, daß die Arbeitslosigkeit über die Betreffenden ebenso große Not bringt, wie in anderer Halle Viehseuche und betigende unvorhergesehene Ereignisse.

Im weiteren wies Nebner auf außerordentliche Einschüchterungen (Dänemark, Belgien) hin, um zu zeigen, daß der Antrag durchführbar sei.

Der Minister B. Preysing erwiderte, daß das Problem der Arbeitslosenfürsorge sehr wichtig sei und daß einer Lösung entgegengeführt werden müsse. Von der Durchführung des sozialdemokratischen Antrages wollte der Minister jedoch vorläufig noch nichts wissen. Seine Abschätzung geht dahin, daß, wie jetzt die Sache liege, die Gewährung von Zuschüssen zur Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden erfolgen müsse; sie ständen den Verhältnissen am nächsten und hätten ein Interesse daran, Armutunterstützungen zu sparen. Der Minister will nun die Gemeinden auf die Wichtigkeit der Arbeitslosenfürsorge hinzuweisen.

Der Antrag unserer Genossen wurde schließlich einem Auskuse überwiesen. Viel herauskommen wird ja bei der weiteren Beratung nicht; aber vielleicht nimmt die bayerische Regierung den Ausgang der Beratung zum Anlaß, im Bundesrat dafür zu votten, daß von Reichs wegen einer Arbeitslosenfürsorge in Angriff genommen wird, wie sie schon längst von den organisierten Arbeitern fordert werden ist.

Gegen die Einführung von Tarifverträgen wendet sich in einer Eingabe an den Reichsanzler der Verein deutscher Schiffbauwerften, weil in der Beratung des Reichs-Marine-Stats im Deutschen Reichstag vom 30. und 31. Januar d. J. nachstehende von der Budgetkommission vorgelegte Resolution angenommen worden ist:

"Den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Marinewerftung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitseinschriften die gesetzlichen Vorschriften einhalten und solche Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes geltend machen, wie sie schon längst von den organisierten Arbeitern fordert werden.

Die Betenlen erklärten:

"Dieser Beschlußantrag ist, obgleich er zu den schwierigsten Bedenken hätte Anlaß geben sollen, weder vor der Regierung noch von der Mehrzahl der Parteien befürwortet und schließlich denn auch mit großer Mehrheit angenommen worden. Dass die Forderung von Tarifverträgen zunächst auf den deutschen Schiffbau ausgedehnt worden ist, hat seinen Grund wohl darin, daß gerade in dieser Industrie, und zwar sowohl von den Kaiserlichen als auch seitens der Privatwerften den Arbeitern bereits sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Arbeitgeber im deutschen Schiffbau haben sich im Gegensatz zu den meisten anderen Industrien, dazu verstanden, zu ihren Verhandlungen auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzuzuziehen und sich auch in anderen Fällen mit den Arbeiterverbänden ins Benehmen zu setzen. Um so eher hätten die Werften erwarten dürfen, daß eine Resolution abgelehnt worden wäre, deren Durchführung nach unserer Ansicht den deutschen Schiffbau auf das empfindlichste schädigen müßte."

Beiweise dafür, daß der Fall sein würde, könne die Betenlen freilich nicht erbringen. Der Hinweis auf die Mittwirkung der Arbeiterorganisationen bei Festlegung der Arbeitsbedingungen ist gegenüber der Tendenz jener Resolution völlig belanglos. Von welchen Tendenzen die Unternehmer geleitet sind, zeigen sie in folgender Auslassung:

"In Deutschland hat man die Fürsorge für die Arbeiter sehr weit ausgedehnt, trotzdem aber nicht erreicht, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in letzter Zeit wesentlich abgenommen haben. Den deutschen Arbeitern sind durch ihre Arbeitgeber die dringendsten Sorgen für die Hölle, Verunglückungen und Alter im wesentlichen abgenommen. Erst hierdurch sind sie in die Lage versetzt worden, die zu den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen mit den Arbeitgebern erforderlichen Mitteln in dem Umfang aufzutreten, in dem es heute der Fall ist. Diese Kämpfe haben dahin geführt, daß in den letzten Jahren die Höhe des Lohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit eine solche ist, die für die deutsche Industrie bedrohliche Höhe gewonnen haben. Durch die soziale Ergebung hat eine Verjährung der beiderseitigen Interessen nicht stattgefunden und kann auch nie erreicht werden, denn die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften will nicht verlönen, sondern herrschen. Diese Entwicklung würde durch Tarifverträge noch erheblich verschärft werden. Schließlich würde an die Stelle der Leiter der Werften der Gewerkschaftsführer treten, der den Anspruch erheben würde, über die Verwendung neuer Materialien, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Lohnhöhe und die Arbeitszeit zu bestimmen, und in diesen Händen schließlich die Herrschaft über die Schiffbaustätten liegen würde."

Das alte Bild! Es spricht daraus die Hässigkeit der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen, ihre Tendenzen, diese Organisationen nicht als gleichberechtigte wirtschaftlichen Faktoren anzuerkennen, der Geist des Arbeitsherrenums. Absolutismus. Nur militärisch lächeln kann man zu den Auslassungen der Betenlen über die soziale Ergebung, über ihre freibleibende Behauptung, daß die Arbeitgeber den Arbeitern „die Arbeit“

dringendsten Sorgen abgenommen" haben. Diese Unwahrheit haben die Unternehmer ja schon immer bewußt, um die Vergewaltigung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis zu "rechtfertigen".

Offenbarlich werden die Herren vom Schiffbauverband im Reichstage die gebührende Antwort erhalten.

**Sprachenzwang und ausländische Arbeiter.** Eines der hallosteien und absurdsten Argumente, die für den Sprachenzwang-Paragrafus im Vereinsgelehrtenvertrag vorgebracht werden, ist, daß es den Behörden an sprachfremden Deutschen zur Überwachung von Verhandlungen in fremder Sprache fehle. Dagegen wird aufstrebend und in erster Linie geltend gemacht, daß politisch Überwachung von Versammlungen überhaupt mit dem Begriffe eines wirklichen Freiheitstaats unvereinbar ist. Aber abgesehen davon mögen doch die Behörden sich sprachfremde Leute verschaffen, wenn denn schon überwacht sein soll und "muß". Das geschieht z. B. in Elsaß-Lothringen. Dort sind Tausende von Staatenen beschäftigt, gegen die man mit der preußischen Polizeiidentität darum nicht vorgeht, weil man sie als willige und willige Arbeitsträger gebraucht. So muß man ihnen auch Versammlungen und Vereine gestatten. Da diese aber nach den Gebräuchen des Polizeistaates Überwachung nötig haben, so hat die Polizei und die Gendarmerie einfach eine Anzahl ihrer Beamten angehalten, die italienische Sprache zu erlernen, was sich ja auch als nützlich bei verhältnisfester politischer Tätigkeit, wie Nachforschung über Verbrechen, Feststellungen sozialer Art u. u. erweist. Auch die Steuerverwaltung zeigt sich in dieser Hinsicht geschäftig gewandt; sie veröffentlicht ihre Maueranschläge in drei Sprachen: Deutsch, Französisch und Italienisch. Dabei handelt es sich um Ausländer. Aber es scheint, auf sie nimmt man mehr Aufsicht als in Preußen auf die eigener Staatsangehörige politischer Zuge.

In bürgerlichen Blättern ist zu lesen: „Zur Zeit macht sich ein großer Andrang von Arbeitern aus Südeuropa in das rheinisch-westfälische Industriegebiet bemerkbar. So trafen in diesen Tagen über 3000 italienische Arbeiter in Gruppen von 500, 800, 700 und 400 Personen mit Extrajug in Köln ein. Sie führen das Industriegebiet weiter. In Bochum meldeten sich 28 Türken als obdachlos, weil sie unterwegs ihren Arbeitgeber verloren hatten; die Leute befinden sich zur Zeit in Schubhaft.“

So zieht der Kapitalismus immer mehr ausländische Arbeiter heran, die dazu dienen sollen, den einheimischen deutschen Arbeitern als Lohndrücker, Streitbrecher und Organisationszerrüster gegenüber zu treten. Natürlich ist man bemüht, sie von der Auskündigung und von der Verständigung mit den deutschen Arbeitern zurückzuhalten. Und dazu hauptsächlich soll der Sprachenzwang-Paragraf dienen.

**Auf den Reichstagssitzungen.** Die für die Verarbeitung der Gewerbeordnungen völle eine gesetzte Kommission hat ihre Arbeiten, die sehr umfangreich sein werden, begonnen. Buntstadt wurde der § 118 veratet, der von den Arbeitszeugnissen handelt. Der Paragraph wurde in folgender Fassung angenommen:

Bei jedem Austritt aus dem Dienstverhältnis, in Halle der Kündigung von dieser an, können die Arbeiter vom Arbeitgeber ein schriftlicheszeugnis über die Art und die Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Wenn zwischen der Kündigung und dem Austritt des Arbeiters ein Zeitraum von mindestens einem Monat liegt, kann der Arbeiter eine Ergänzung des bei der Kündigung ausgestellten Zeugnisses bezüglich dieses Zeitraumes beanspruchen. Das Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auf ihre dienstliche Führung und dienstliche Leistung zu zuladen. Das Zeugnis darf eine dem wirtschaftlichen Sachverhalt widersprechende Auskunft nicht enthalten und muß von dem Arbeitgeber oder einem dazu bevoßmächtigten Betriebsleiter unterzeichnet werden. Das Zeugnis darf nicht mit Reckmäler versehen werden, die den Zweck haben oder dazu geeignet sind, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht erachtlichen Weise zu kennzeichnen.

Entsprechend dieser Erweiterung des § 118 der Gewerbeordnung beschloß die Kommission einen Antrag zu § 148 dagegen, daß mit Geldstrafe usw. bestraft wird, wer der Vorwurf des § 118 Abs. 4 zu wider einer Arbeitszeugnis mit einem geheimen Merkmal verübt.

Zur Kommission für den „fleinen Verständigungsnachweis“ sind konservativer und Zentrum einig am Berlin, im Sinne der Bündelfreie zu „verbessern“. Die Konservativen beantragten:

„Der Lehrling hat sich nach abgelegter Lehrzeit der Gesellenprüfung zu unterwerfen.“ Das Zentrum zog hieraus die halbe Konsequenz und beantragte:

„Erweisen sich bei der Gesellenprüfung die Leistungen des Prüflings als ungenügend, so hat der Lehrling bis zur Dauer eines Jahres nachzuleren. Der Prüfungsausschuß hat den Zeitraum zu bestimmen, über dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.“

Der Prüfungsausschuß kann bestimmen, daß diese Lehrzeit auf Kosten des früheren Lehrherrn in einem anderen Betrieb erfolgen kann, wenn dem ersten Lehrherrn die Schuld an den mangelnden Kenntnissen des Lehrlings nachgewiesen wird.“

Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Konsequenz dieser Anträge sein müsse, denen, die der Gesellenprüfung sich nicht unterwerfen, oder sie nicht bestehen, die Ablösung des Handwerks zu unterstellen. Damit wäre auf einem Umwege der „große“ Verständigungsnachweis erreicht. Selbst der konservative Abgeordnete Dr. Dröscher ließ seine Freunde Maßewich und Lenz hier in Stücklich die Regierungsvorsteher warnen vor Annahme des Antrages und rümpften von den Antragstellern zu wissen, was mit jenen geschehen sollte, die sich nicht zur Prüfung stellen; ob sie die Anwendung von staatlichen Zwangs-

mitteln verlangen, um die Forderung durchzuführen. Sollte man eine solche Forderung auf, so müßte doch ein öffentliches Interesse angenommen und ihre Durchführung mit staatlichen Zwangsmitteln verflucht werden. Das Zentrum wollte diese äußersten Konsequenzen nicht ziehen. Der Abgeordnete Dr. I. meinte, niemand solle an der Ausübung eines Handwerks gehindert werden; wer nicht den Titel Geselle habe, könne ja als Arbeiter oder Tagelöhner bei Handwerkern arbeiten.

Das mutet wirklich ganz mittelalterlich an. Die alte zünftlerische Überhebung und Vorurteilhaftigkeit. Als jemals der Titel „Geselle“ handwerkliche Lüchtigkeit verdrängt hätte! Ebensoviel wie der Titel „Meister“.

**Die Sicherung des Grundstückswertzuwachses** durch die Gemeinden macht erfreuliche Fortschritte. Recht hat auch das Stadtverordnetenkollegium in Halle die Einführung der Wertzunahmesteuer beschlossen und zwar mit der großen Mehrheit von 43 gegen 6 Stimmen. Die Steuer erhält für bebauten Grundfläche auf zehn Jahre, für unbebaut auf 20 Jahre, rückwirkende Kraft. Für die Steuerordnung wurde auch die Besteuerung aufgenommen, daß bei einem Ertrag von M. 300 000 die Umfasssteuer um einen halben Prozent bei M. 500 000 Ertrag um ein Prozent herabgesetzt wird.

In den meisten Steuerordnungen werden für den bebauten Grundbesitz genüge Erleichterungen und Abschwächungen der Steuer vorgesehen.

Auch die Vertretung der Stadt Wien hat diese Einführung der Steuer beschlossen. In den meisten Steuerordnungen werden für den bebauten Grundbesitz genüge Erleichterungen und Abschwächungen der Steuer vorgesehen.

**Eine Gräßlichkeit**, die niedriger gehärtet werden muß, leistet sich der konservative „Gleichwohl“. In Berlin ist eine Brandstiftungspandemie ausgebrochen. Ätzlich finden Dachstuhlbrenne statt, die auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Das fromme christliche Blatt erfreut sich nun, folgendes zu schreiben:

Wie Arbeitslose über Dachstuhlbrenne urteilen. Während die Bewohner der obersten Etagen besonders von Gashäusern, gegenwärtig bereitgestellten, bei jedem Feuerwehr erheben — weiß doch niemand, wo und von wem ihm der Dachstuhl über dem Kopfe angesteckt wird — beharbeiten in Deistern ein gewisser Schlag Arbeitsloser die Tagesfrage: „Dachstuhlbrenn“ mit besonderer Befriedigung. Durch diese Schadenfeuer wird wenigstens Arbeitsgelegenheit geschaffen, und es wird noch viel mehr brennen. Das waren die Worte, die unser Gewässermann am Mittwoch Abend in einer Großdemonstration in Berlin SW hörte. Mit dieser leichten Ausfassung wären allerdings die psychologischen Rätsel der Dachstuhlbrennleiter erklärt. Wenn aber als Nachwuchs der vorjährigen Streit in Bau gewerbe eine Horde Brandstifter gezeigt werden wäre, dann empfiehlt es sich, die Arbeitslosen, mit denen man sonst Mitleid haben möchte, ganz besonders scharf zu bestrafen und alle als vermutliche Brandstifter festgenommen auf ihre sozialen Verbindungen zu prüfen.“

Wir haben die starke Vermuthung, daß der Deistler-Berichterstatter des konservativen Blattes keine Mitteilung im Delirium gemacht hat. Insofern könnte man über sie lachen. Aber daß ein Blatt sich nicht schämt, sie weiterzugeben, zeigt von einer bodenlos geistigen Gesinnung. Und darin haben wir es nicht mit einem psychologischen Rätsel zu tun, sondern mit der schuftigen Tendenz, die ehrliche, organisierte Arbeiterschaft zu verleumden.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden scheinbar nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hansastädte:** Travemünde (Sperre über Söhrmann), Cuxhaven (Sperre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmer aus Bremen);

**Schleswig-Holstein:** Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersep), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lübeck), Tondern (Aussperrung), Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Audorf und das Kokswerk in Raden);

**Mecklenburg:** Güstrow (Sperre über Thielke), Brunsbüttel (Differenzen);

**Brandenburg:** Guben (Aussperrung), Jüterbog (Sperre über H. Niendorf in Malterhausen), Vietz a. d. Osthafen (Sperre über den Unternehmer Vogt), Saarmund (Sperre über den Unternehmer Ahland aus Philippsburg);

**Pommern:** Pyritz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Hammerstein (Sperre über Karge);

**Ost- und Westpreußen:** Sensburg (Sperre über Reese);

**Posen - Schlesien:** Görlitz (Sperre über Pötschke in Horka), Muskau (Sperre über Stülpnagel);

**Königl. Sachsen:** Leipzig (sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kägel und R. Thiele, Landsberger strasse, in L. Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeiner

strasse, und M. Stäskal, Sohrstrasse), Naunhof (Sperre über H. Goltzsch, vormals Küpper & Schrot);

### Thüringen:

Sonneberg (Sperre über Bauer & Söhne);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:**

Celle, Nörderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel), Gronau (Sperre über das Baugeschäft von Lichtenberg, Sammelgenwerke), Wunstorf (Differenzen), Sachsenhagen b. Hannover (Aussperrung), Büttenrode i. Harz (Sperre über das Kalkwerk für Maurer und andere Arbeiter);

### Hessen und Waldeck:

Gießen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalzalde (Sperre über Peter);

**Bayern:** Selb (Sperre über Jäger & Werner), Diessen (Streik), Wasserburg (Sperre über Nähauer);

### Fliesenleger:

Dulzburg (Sperre über Gebr. Bönnig), Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Audorf und die Karlschütte);

### Oesterreich:

Hainburg a. d. Donau, Karlsbad, Neudau, Oberleutendorf, Salzburg, Villach.

### Tarifverhandlungen.

Wie vorher in Frankfurt und Essen sind auch in München die Verhandlungen bisher resultlos verlaufen. Auch hier stellte er sich heraus, daß die örtlichen Unternehmerorganisationen legen Endes verhandlungsfähig sind, indem sie kein Recht haben, in den hart umstrittenen Punkten: Arbeitszeitverkürzung, „lückig“, Agitationsskandal usw. irgend welche Bzugstänisse gegenüber den Beschlüssen der Generalversammlungen des Unternehmerverbands für das Baugeschäft zu machen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden soll für das Münchener Baugeschäft absolut unmöglich sein. Als den Unternherm entgegengestellt wurde, daß doch für verschiedene Branchen des Baugeschäfts (Bildhauer, Stuckaturen, Putzer, Schreiner, Dachdecker, Klempner und Installatoren) in München die Arbeitszeit auf 8 bis 9½ Stunden verlängert werden soll, konnten sie das Faktum zwar nicht bestreiten, aber, so meinten die Unternehmervertreter, auch in diesen Branchen sei die Arbeitszeitverkürzung gegen ihren Willen erfolgt, und heute fühlen sie sich stark genug, alle darauf gerichteten Bestrebungen abzuwehren. Der Versuch, daß soziale Empfinden der Unternehmer zu erwecken für die Lasten und Röte der Arbeiter und für deren Verträge, sieht als Menschen unter Menschen zu betätigen, prallte völlig ab an dem un durchdringlichen Panzer: Wir wollen nicht!

Nicht ganz abgeneigt will der Münchener Unternehmerverbund einer Lohnerschöpfung sein. Nach den wiederholten Erklärungen ihres Sekretärs und Sprechers Fellermeier wollen die Unternehmervertreter mit einem Angebot aber erst dann herausrücken, wenn in allen übrigen Fragen eine „Verständigung“ erzielt worden ist, d. h. wenn die Arbeitervertreter den vom Unternehmerverbund beschlossenen Verschlechterungen des Vertrages zugestimmt haben. Aber auch ohnedies würde die von den Unternehmern geplante Lohnerschöpfung ein Danaergeschenk für die Arbeiter sein. Der jetzige Vertrag enthält für den allgemein üblichen Lohn die Bezeichnung „Durchschnittslohn“. Dieser Durchschnittslohn sollte dadurch etwas stabilisiert werden, daß er in jedem einzelnen Baugeschäft von der Mehrzahl der Beschäftigten erreicht werde und daß der niedrigste Lohn in seinem Falle mehr als 2½ unter dem Durchschnitt stehen dürfe. Nur ist aber im Verlaufe der Vertragsdauer von Unternehmern und Polieren vielfach Künftig mit dieser Durchschnittsberechnung getrieben worden, und auf wiederholte Klagen der Arbeiter hat sich der Unternehmerverbund niemals gemüht gefühlt, diesen Beschwerden nachzugeben und Abhüfe zu schaffen. Um diesem Missstand die Spitze abzudrehen, fordern die Arbeitervertreter für alle normalen Arbeiter, je nach dem Berufe, einen einheitlichen Normallohn. Dagegen wehren sich aber die Münchener Unternehmer mit Händen und Füßen. Sie wollen nach, wie vor einem „Durchschnittslohn“, und zwar wollen sie in Zukunft nicht nur 2½, sondern 4½ nach unten von dem Durchschnitt abweichen dürfen. Nach diesem Plane ist die in Aussicht gestellte Lohnerschöpfung zu bewerten.

Diese vermehrte Klassifizierung des Lohnes soll, wie das Wort „lückig“ — nach den Reden Fellermeiers — beschäftigt sein, weil die Arbeitsleistung der Maurer in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen sei. Das wurde von den Arbeitervertretern mit aller Entschiedenheit bestritten. Aber, so wurde weiter mit Recht erklärt, wo die Unternehmer sich auf das heftigste sträuben, durch die Erhöhung des Lohnes zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter beizutragen, wo die Unternehmer unter Zuhilfe-

nahmen aller Schitanen bei der Klassifizierung der Löhne großen Scharen von Arbeitern den Stempel „untüchtig“ aufzudrücken wollen, da wäre es geradezu wunderbar, wenn die Arbeiter da mit Auf und Abie arbeiten wollten. Wie hoher Lohn und lange Arbeitszeit zu lüftiger Arbeitsleistung anspornen, so bewirken lange Arbeitszeit, niedriger Lohn und schitanöse Behandlung das genaue Gegenteil. Die Gewerkschaften haben selbst das allergrößte Interesse daran, nur tüchtige Arbeiter als Mitglieder zu haben; sie können weder Faulenzer noch Saufbolde noch sonst moralisch verwohlte Menschen brauchen. Es muß aber mit allem Nachdruck hergehoben werden, daß die Gewerkschaften in bezug auf die Erziehung der Arbeiter zu tüchtigen Menschen ganz Vorzügliches geleistet haben. Die Gewerkschaften verirren auch die „passive Resistenz“ als Kampfmittel. Das schlägt aber nicht aus, daß die Arbeiter schließlich auch dies Mittel anwenden müssen, um die Unternehmer auf Umwegen zur Annahme eines zeitgemäßen Lohntarifs zu zwingen. Reize schon der jetzige Tarif wegen des viel zu niedrigen Lohnes geradzu zum Tarifbruch, so würden Unternehmer und Arbeiter unter einem von dem Unternehmerbund geforderten Tarif aus den Differenzen immer herauskommen.

Ganz unzweckmäßig wurde den Unternehmervertretern erklärt, daß es den Arbeitervertretern gar nicht einfallen könne, Löhne für „tüchtige“ und „untüchtige“ Maurer usw. zu vereinbaren; bei den Tarifverhandlungen handle es sich in erster Linie um die Feststellung eines Bodens für die übergroße Masse aller normalen Arbeiter.

Der wiederholten Aufforderung, doch endlich die schitanischen Bestimmungen fallen zu lassen und zu Arbeiten bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes entgegen zu kommen, schloß sich auch der Vorsitzende der Unterhandlungskommission, Gerichtsrat Dr. Preller, an. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie der Unternehmerbund das Wort „tüchtig“ definiere, antwortete Gerichtsrat: „Tüchtig ist, wodurch die herkömmliche Arbeit nach Ortsgebrauch leisten will und kann.“ Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß ja eine andere, von den Arbeitervertretern unveränderte Bestimmung: daß der Arbeiter zu einer angemessenen Leistung verpflichtet sei, denselben Brod erfülle, antwortete Gerichtsrat jedoch mit einem Nein. Das Wort „tüchtig“ bleibe bestehen, ohne daßelbe werde kein Vertrag abgeschlossen.

Diese gebundene Machtstroute, ausgegeben von dem Unternehmerbund, charakterisierte den Vorsitzenden mit Recht als eine Kinderkunstheit, die, wenn überhaupt weiter verhandelt werden sollte, zunächst überwunden werden müsse. Da auch über die meisten anderen Punkte nicht die geringste Verständigung erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen am Dienstag, gegen 9 Uhr abends, abgebrochen. Die Unternehmervertreter wurden ersucht, sich bei ihrem Verband und dem Unternehmerbund andere Konstruktionen zu holen. Bei den Arbeitervertretern ist dies nicht nötig, da sie ohnedies verhandlungsfähig sind, auch jederzeit mit ihren Auftraggebern in Verbindung stehen. Vereinbart wurde — und das ist gewissermaßen die einzige Verständigung nach zweitägiger Verhandlung — daß die Unterhandlungen am 20. März fortgesetzt werden sollen.

Montag, den 16. d. M., haben die Verhandlungen in Frankfurt a. M. wieder begonnen. Über den Verlauf und das Resultat können wir, da unter Blatt schon Dienstags früh abgeschlossen werden muß, in dieser Woche noch nichts berichten. So viel erscheint aber schon sicher, daß auch diese die Schlussverhandlung noch nicht sein wird.

**Die Bauarbeiterbewegung vor der Hamburgischen Bürgerschaft.** In der Sitzung vom 14. März dieser gesetzgebenden Körperschaft für Stadt und Staat Hamburg, kam es bei der Beratung der Einstellung „Detailistenkammer“ zu einem Spannspiel zwischen einigen bürgerlichen und einigen sozialdemokratischen Mitgliedern.

**Reimer** (Fraktion der Linken, Bauunternehmer): Die Detailistenkammer hat nicht den Frieden stören wollen; das wollen auch wir im Baugewerbe nicht. Wir wollen nur unerfüllbaren Forderungen nicht nachgeben. Auf einen eventuellen Angriff sind wir vorbereitet und werden ihm zu begegnen wissen. Was an den Arbeitgebern liegt, wird der Friede in diesem Jahre nicht gestört werden. Sie, meine Herren, (zu den Sozialdemokraten) sind die Scharfmacher! Wir wollen nur den status quo erhalten; wollen Sie ein gutes Werk tun, so unterstützen Sie uns!

**Sielken** (SD): Herr Reimer scheint nicht zu wissen, daß die Arbeitgeber seines Berufes schon im vorigen Jahre ihre Aussperrungspläne gefaßt haben, und daß die Berliner Bauunternehmer Lohnkürzungen androhen.

**Reimer:** Wir unterschlagen nur in solchen Fällen, wo es sich um die Abwehr von Forderungen auf Lohn erhöhungen handelt. Den Besluß der Berliner Unternehmer bedaure ich!

**Mösle** (SD): Ich konstatiere, daß die Bauunternehmer die Holzindustriellen gezwungen haben, die bereits beschlossenen Zugeständnisse wieder zurückzunehmen. (Hörtl: Hörl lärm rechts)

Es ist unerhört, mit welcher Dreistigkeit die Scharfmacher ihre belasteten Pläne abschungen. Auch dieser Herr Reimer redet vom status quo, der aufrecht erhalten werden sollte, während doch das Vorgerufen des Arbeitgeberbundes gerade ein Sturzlauf gegen die bestehenden Vertragsnormen ist. Er hat allerdings eingesehen, daß sich der Besluß der Berliner Unternehmer, den Stundenlohn von 10,- für zu kürzen, nicht mit der von ihm im Gegensatz zur Wahrheit proklamierten Absicht des Arbeitgeberbundes vereinbaren läßt und hat ihn deswegen „bedauert“. Das „Bedauern“ wird nicht sehr tief gehen. Charakteristisch ist die Neuerung unseres Genossen Mösle, daß die Bauunternehmer die Holzindustriellen gezwungen haben, die schon gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen. Das zeigt uns, daß es zur Zeit keine höhere Scharfmachergesellschaft gibt wie eben unsere Bauunternehmer.

Übrigens haben sich auch im Reichstage kürzlich einige Konservative zur Bewegung im Baugewerbe geäußert, leider haben sie nicht die rechte Antwort erhalten. Jedenfalls hat die Blattdruckerei das durch ihre Schlussanträge verhindert. Notwendig wäre es gewesen.

#### Gau Bremen.

In Norden ist die Zahl der Streikbrecher nicht mehr gemahlen. Von den in voriger Nummer genannten sechs „Arbeitswilligen“ sind übrigens nur zwei Maurer, die anderen sind Zimmerer.

#### Gau Erfurt.

Die Differenzen in Eisenach sind einstweilen dadurch beendet worden, daß die Bauhüttsarbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen.

In Sonneberg ist die Firma Bauer & Söhne wegen Lohnabzugs geplagt worden.

#### Gau Frankfurt a. M.

Im vorigen Jahre haben sich die Asphaltateure in Mainz organisiert und dem Betriebsrat der Maurer angegeschlossen. Am 29. Februar wurden den fünf Mainzer Asphaltfirmen Anträge auf Belehrung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überreicht. Gefordert wurde die Einhaltung der zehnfeindigen Arbeitszeit, ein Mindestlohn für Asphaltateure von 60,- und für Hüttsarbeiter von 50,- pro Stunde. Für Nebendarbeiter, die im Mindeste von 15 km ausgeführt wird, ist eine Zulage pro Tag von 1,- mit Übernachtung 2,- zu bezahlen; über 15 km minus soll die Zulage den freien Vereinbarung unterliegen. Überstunden sollen mit 25,- Pf. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100,- Pf. Lohnzuschlag bezahlt werden. Die Lohnzahlung soll wöchentlich erfolgen, Kündigung für beide Teile ausgeschlossen sein. Der Stundenlohn beträgt gegenwärtig für Asphaltateure 50 bis 60,- für deren Hüttsarbeiter 10,- pro Stunde. Antwort wird von den Unternehmern bis zum 9. März erbeten. Von diesen fünf Firmen hat nur die Firma Gaymuss Antwort gegeben. Sie betont, daß schon seit Jahren für einen tauglichen Asphaltateur 6,50 pro Tag bezahlt werden. Am 10. März fand eine Versammlung der Asphaltateure und deren Hüttsarbeiter statt, in der der Betriebsrat der Arbeiter Bericht erstattete. Die Diskussion wurde sachlich geführt, sämtliche Redner beurteilten das Verhalten der Unternehmer. Die Lohnbewegung ist zweifellos berechtigt, das geht schon daraus hervor, daß eine Firma über die Forderung hinaus einlebt. Es soll weiter ver sucht werden, eine friedliche Erledigung herbeizuführen.

#### Gau Görlitz.

Die Sperré über die Opaleisenwerke in Weizwasser ist nun endlich mit Erfolg beendet worden.

#### Gau Hamburg.

Auf einigen industriellen Werken in Niedersburg will man den darauf beschäftigten Maurern den Vertragslohn nicht zahlen. Statt 55,- wagt man den Kollegen dort 42,- anzuwenden. Natürlich können sie dafür keine Maurer bekommen. Um unfreundliche Kollegen vor Schaden zu bewahren, warnen wir sie vor der Arbeitsaufnahme auf dem Stahl- und Walzwerk in Audorf und auf dem Kofwerk in Wader.

#### Gau Leipzig.

Die Firma Enders in Trenen hat den Lohn von 42,- auf 40 und 28,- gefügt. Es ist sehr erfreulich, daß sich die Kollegen dies nicht gefallen lassen; sie rüsten zur Abwehr. Man wolle daher Kreuza meiden.

#### Gau Lübeck.

In Lübeck ist am 18. März verhandelt worden. Auch hier lag der Mustertarif des Arbeitgeberbundes vor. Eine Arbeitszeitverkürzung lehnten die Unternehmer entschieden ab, in der Lohnfrage wollten sie nicht von vornherein jedes Entgegenkommen ablehnen. Dagegen glauben sie, auf das Wort „tüchtig“ den größten Wert legen zu müssen, und zwar, weil nach ihren Angaben das Wort auch in allen Vertragsverträgen, die sie mit Behörden abgeschlossen, gebraucht würde. Unsere Vermutung, daß damit die Lohnsätze wieder ins Gewebe eingeschnürgt werden sollen, bestätigte die Unternehmer als falsch. Den Junggesellen lehnen die Unternehmer erst im zweiten Jahre den vollen Lohn gewähren, im ersten soll der Lohn der freien Vereinbarung unterliegen. Auch dem Agitationssverbot versuchten die Unternehmer eine möglichst harmlose Deutung zu geben. Natürlich lassen wir uns damit nicht einseien. Die Verhandlungen sind vertragt worden, da unsere Kol-

legen noch keine Forderungen aufgestellt hatten. Erst wenn das geschehen ist, wird weiter verhandelt werden.

In Burg a. R. wurde im vorigen Jahre auf dem Wege der Unterhandlung die abfünftündige Arbeitszeit und 5,- Lohnzehrung erzielt. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen. Nun wollen die Unternehmer vom 16. März d. J. ab die zehnfeindstündige Arbeitszeit wieder einführen und den Stundenlohn um 3,- verfügen. Um den Kollegen die Geduld und Mündigkeit zu machen, soll die letzte halbe Stunde, solange die Vollarbeitszeit währt, mit 30,- bezahlt werden, so daß der Tagelohn, wie bisher, 4,50 beträgt, auch wollen sie einen schriftlichen Vertrag mit uns machen. Wie der nun beschaffen sein soll, wissen wir nicht. Wenn in der Unterhandlung am 16. März nicht alles zu stande kommt, wie es die Unternehmer wünschen, soll die Aussperrung bereits am 16. März beginnen. Diese würde sich dann über die ganze Insel Fehmarn erstrecken.

Nach einer kurzen Verhandlung auf Fehmarn verlief alles verlaufen. Angedeckten haben die Unternehmer am 16. März alle Kollegen ausgespiert. Der Zugang muß streng gesperrt werden, die Verschlechterungspläne der Unternehmer dürfen auf keinen Fall gelingen.

#### Gau Magdeburg.

In Hüttendorf im Harz sind viele Kollegen auf dem vor einem Jahre errichteten Kalkwerk beschäftigt. In letzter Zeit sollten ihnen Lohnzulagen gemacht werden, worauf sie die Arbeit niedergelegt. Die Direktion sucht nun in aller Welt nach Streikbrechern. Ein Trupp ist von den Kollegen wieder abgeschoben worden. Ein Zugang ist in diesem kleinen Ort großes Aufsehen, denn noch niemals haben sich die schlecht bezahlten Arbeiter der Harzer Steinindustrie ernstlich zur Wehr gelegt.

#### Gau Nürnberg.

Die Sperré über das Baugeschäft Reuter in Ansbach ist zu Gunsten unserer Kollegen beendet. Reuter hat sich nach lebenswürdiger Arbeitseinführung bereit erklärt, den früheren Lohn wieder zu bezahlen.

In Rath b. Nürnberg haben uns in der letzten Woche die Unternehmer gleichfalls den „Mustertarif“ vorgelegt, so daß er zur Zeit in unserem Gau in vier Orten vorliegt. Ob in den nächsten Wochen noch mehr solcher Orte folgen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, möglich ist es aber unter den schwierigen Umständen, wenn gleich unsere Kollegen an eine Lohnforderung gar nicht denken.

#### Gau Stettin.

In Hammerstein glaubten einige Unternehmer die gegenwärtige zum Tarifbruch auszunutzen zu können. Die Herren Koehl und Körte ziehen um 3 bzw. 8,- niedrigere Stundenlöhne als sie im Vertrag festgelegt sind. Nach der prompt erfolgten Einstellung der Arbeit bequemte sich Koehl zur Zurücknahme dieser Maßregel, Körte will aber sein Glück weiter versuchen. Er ist gesperrt.

#### Gau Stuttgart.

Nun ist auch uns der in Berlin ausgestellte Mustertarif zugestellt worden. Es soll in den wenigen Orten als Grundlage dienen, wo wir in diesem Jahre vor der Neu-regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen. Es sind ihrer nicht viele. Erstaunlich ist die Begründung, mit der uns der Ausstoss des Arbeitgeberbundes die sogenannte Agitationstaufschaltung machen will. Er schreibt an uns:

„Nun ist nur die Bestimmung im § 12 Abs. 1 betreffend Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern, und denken wir, daß die Einführung dieses Absatzes von Ihnen wohl angenommen werden kann, da sich bis jetzt nicht ergeben haben.“

Als bis jetzt sind nach dem eigenen Zugeständnis des Arbeitgeberbundes noch keine Unzuträglichkeiten vorgekommen und freigemacht sollen wir mit einer solchen Bestimmung begnügt werden. Wir denken, daß gerade der vom Arbeitgeberbund hergehobene Umfang einen solchen Arbeitgeber überflüssig macht. Wenn wenn sich noch keine Unzuträglichkeiten aus unserer Agitation ergeben haben, wogu dann diese Agitation verbieten? Wogu ein Verbot, das gar nicht am Platze ist? Das ist dann ebenso überflüssig wie wenn man in der Sahara das Baden ohne Badehose verbieten wollte. Die Herren werden in Schwaben ebenso wenig Glück damit haben wie andernorts.

#### Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandsvorstand darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überwenden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesurkunde, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugetragen ist.

Unterstützungs-Anträge werden in der Zeit vom 8. bis 14. März 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

Hans Lüschmann-Hamburg, Berch.-Nr. 113 588; Carl Ebels-Hamburg (Frau), 20 332; Wilhelm Ostenkopf-Würzburg, 299 153; Ludwig Süddt-Münzen, 88 253; Franz Bigal-Würzburg, 88 140; Hieronymus Sander-Berlin (Frau), 4525; August Bauer-Berlin (Frau), 3522; August Heinr. Berndt-Dresden, 232 218; Robert Ernst Pohle-Dresden, 145 242; Georg Falter-Mannheim, 199 298; Otto Voigtmann-Leipzig (Frau), 86 277; Reinhold Stürz-Görlitz (Frau), 82 492; Heinrich Laage-Gütersloh, 62 485; Paul Bässow-Nothnagel-Würzburg, 48 032; Ferdinand Henner-Lübeck (Frau), 156 814; C. Blaßfeld-Lübeck (115 983); Mathias Billefeld-Düsseldorf (Frau), 182 476; Meinhard Wagner-Bodenbach (Frau), 94 682; August Lüders-Viersen-Grevenwalde, 368 251; Heinrich Blome-Bremen, 14 389; Hermann Brämer-Gera (Frau), 239 597; Oswald Villhardt-Mülheim a. d. Ruhr, 76 681; Peter Michel-

St. Johann, 880 915; Karl Auren-Cassel (Frau), 119 888; Friedrich Wiegels-Zellendorf (Frau), 79 889; Wilhelm Blankenau, 112 921; Karl Faehn-Bischau (Frau), 239 887; Hermann Ohwalt-Gerswalde, 65 633; Dietrich Helmmann, Schmied (Frau), 98 423; Heinrich Kudrow-Nostod, 97 448; Christian Böhl-Neumünster, 126 116; Gustav Klein-Danzig, 152 083;

Geldsendungen für die Haupstaf sind nur an den Kassierer J. Käster, Hamburg 1, Biesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Zu der Zeit vom 8. März bis 14. März 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Elsterburg M. 4,95, Granitzow 5, Gilzow 4,25.

b) Für Kalender.

Treuen M. 7,50.

c) Für Futterale.

Treuen M. 2.

d) Für Protokolle vom neunten Verbandsitag in Görlitz.

Treuen M. 1.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandesmitglieder aller Zweigvereine, die in vorherige Woche das Wahlprotokoll eingegangen haben und denen nicht bischlich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Leonhard Hamburg (Verb.-Nr. 203 008), Otto Gablenz-Hamburg (202 888), H. Bemmer-Wiesbaden (49 080), Wib. Wiburg-Wiesbaden (48 643), Karl Hoffmann-Wiesbaden (48 353), H. A. Bräuer-Dresden (134 345), Karl Sandberger-Bodenwerder (195 201), Franz Baron-Als-Goel (151 189), Karl Kügel-Nordhafen (121 143), Otto Böhm-Meine (113 365), Fr. Krug-Seesen (100 580), G. Trenzler-Roswawes (91 830), Sol. Schmitz-Schweinfurt (67 720), D. Schleife-Brunnau (14 754), Robert Maslos-Berlin (2030), G. Deichsel-Frankfurt a. M. (22 533), H. Lieder-Hannover (33 490), Jacob Obratz-Buchholz (27 811), Heinrich Loges-Dresden (32 582), Louis Orlinger-Hameln (231 070), Karl Kospoth-Groppenfeld (239 501), Alfred Schmidt-Wienhausen (2 1 559), Joh. Obermeier-Duisenburg (298 267), Karl Rose-Goslar (317 679), Herm. Orlitz-Bremen (32 2 051), R. Rothamel-Schwaifelden (349 422), A. B. Schütz-Rengersdorf (353 054), Fr. Bausch-Kolmar i. B. (375 083), Th. Rohr-Meine (432 445), Joh. Peter-Mannheim (450 123), Max Thiem-Poelen (44 466), Fr. Matowitz-Poelen (450 618), Sol. Kubat-Chemnitz (471 382), Rob. Lop-Senftenberg (496 584), Joh. Schäfer-Augsburg (31 401), G. Gerthner-Leipzig (35 509), Johannes Schindler-Hof a. d. S. (78 521), Paul Unger-Bremervorwerk (95 253), Karl Wittmer-Chemnitz (471 410), Th. Rasmussen-Hamburg (106 805), Karl Wolfgramm-Mölln i. L. (80 533).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Status vom Zweigverein J. Schöp: H. Bandow (Verb.-Nr. 79 787), Joh. Abe (185 262), H. Behrens (185 243), H. Hoffmann (114 786), Klaus Schütte (114 800).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückläufiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht benannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Hannover: Kollege Konrad Schütte aus Sarstedt d. Hannover; A. Pöhlba. August Weißheit, geb. am 14. Februar 1889 zu Coburg (Verb.-Nr. 328 343).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**Gau Lübeck.**

Die Adresse des Vorstehenden ist vom 1. April 1908 an: H. Michel, Lübeck, Wickestraße 11a, 2. Etage.

**Jahresberichte der Gauvorstände.**

**Gau Breslau.**

Um Gegenstand zu den vorangegangenen Jahren, vor die Bautätigkeit im Berichtsjahr durchaus nicht gut überall, wo die Industrie vorherrscht, machen sich die Angaben der Kreise bemerkbar. In Breslau hatten wir mittler im Hochsommer dauernd einige hundert Arbeitskräfte und ebenso im Waldburgschen Industriegebiet; hier war es vornehmlich der Bezug von vielen hundert Bergarbeiterfamilien nach Westfalen und Rheinland und der dadurch bedingte Wohnungsaufschwung, der die Bautätigkeit zum Stolzen brachte. In Breslau ist die vorhergehende Überproduktion (über 7000 leerstehende Wohnungen) zum größten Teil schuld an der geringen Bautätigkeit. In Langenbielau und Reichenbach den beiden bedeutendsten Textilindustrieorten Schlesien, lagen die Verhältnisse ähnlich, so daß auch hier eine Anzahl Kollegen gezwungen war, sich ausmigris Arbeit zu suchen. In allen übrigen Zweigvereinen des Gaues war die Arbeitsgelegenheit ausreichend, ja, in einigen vorwiegend landwirtschaftlichen, wie Freyhan-Krotoschin, Neumarkt, Sachwitz, Striegau, Trachenberg, reichten manchmal die Arbeitskräfte nicht aus, wie auch speziell in dem polnischen Teil des Gaues die Berücksichtigung und Parzellierung der Güter durch die Ansiedlungskommission noch weiter anhält und Arbeitsgelegenheit bietet.

Zu beobachten war im Berichtsjahr, daß eine bedeutend geringere Zahl böhmischer Kollegen als früher bei uns arbeitete. Diese Erscheinung wurde wohl dadurch hervorgerufen, daß durch die agrarische Politik unsere Industrie zum Teil über die österreichische Grenze zieht, wo sie billigere Arbeitskräfte vorfindet und noch obendrein den Zoll erwartet.

Infolge der im Jahre 1908 zahlreich abgeschlossenen zweijährigen Tarifverträge war die Lohnbewegung im Berichtsjahr nicht so umfangreich. In Neisse, dem

schlesischen Dom, stellten wir bereits im zeitigen Frühjahr unsere Forderungen und zwar gemeinsam mit den Christlichen, bei denen ein Drittel der hier beschäftigten Männer organisiert ist. Dem schlossen sich sogar die katholischen Fachabteilungen an, gewiß ein seltenes Fall, und ihr Vorsitzender erklärte, daß sie sogar mitstreiten würden, wenn es nötig sei. Nach mehrfachen Verhandlungen, bei denen jedoch auswärtige Organisationsvertreter zugeschlagen wurden, kam es denn auch zum Abschluß eines Vertrages, der in der Haupstaf eine Lohnhöhung um 5 % und die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn Stunden auf zehn Stunden festlegte. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1910. Auch in Ostrowo und Pleßchen (dem polnischen Teil des Gaues) wurden Forderungen gestellt, und zwar 48 Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit (bisher 31 resp. 35 % bei zehnständiger Arbeitszeit). Nach längeren Verhandlungen, an denen im leichten Stadium auch der Vorsitzende des polnischen Provinzialverbandes, Hartmann-Poelen, teilnahm, wurde in beiden Orten ein fast gleichlautender Vertrag angenommen, der für 1908 40 % und für 1909 45 % Stundenlohn bei zehnständiger Arbeitszeit vorsieht. In beiden Orten kommt infolge der politischen Verhinderung durch die preußische Politik, auch der polnische Berufsverband in Frage, der mit uns gemeinsame Sache macht. Die Organisationsstellen sind ziemlich gleich stark gegenüber. Auch hier laufen die Verträge bis zum 31. März 1910. In Tschernowitz, wo ebenfalls Forderungen gestellt waren, einigten sich einige örtliche Verbandsfunktionäre, ohne Wissen des Gauleiters, mit den zwei, in Betracht kommenden Unternehmern, so daß die Kollegen dabei nicht viel herausbringen. Ein Vertrag existiert für den Verband dort nicht. In Chlau und Peitzerth wurden 38 % Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit gefordert (bisher 32 % Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit). Da die Verhandlungen zu seinem Neustart führten, wurde Ende April die Arbeit niedergelegt. Nach zirka 14 Tagen einigten wir uns mit einem Teil der Unternehmer und nahmen bei diesen die Arbeit wieder auf. Nach einigen Tagen jedoch wurden auf Belehrung des örtlichen Arbeitgeberverbands sämtliche Kollegen ausgesperrt, und der Kampf wurde wieder auf der ganzen Linie von beiden Seiten weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winderlohn einen Vertrag abschlossen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Mehrzahl der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Chlau, die jedoch keine Arbeit haben, stehen derart noch aus; die übrigen erkannten unseren Vertragserntrag weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß die Zimmerer die diezeitlichen Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Winder

blieben von den gewählten Vorstandsmitgliedern, mitunter nur zwei oder drei Kollegen übrig. Selbst in Königshütte ging die Verwaltung vollständig in die Brüche. Durch das einheitliche Lohngebiet im Industriebezirk und durch die Plutuation der Mitglieder entstanden fortwährend Meinungsfäden der Zweigvereine untereinander, vor allem mit den Zweigvereinen in den Landkreisen und dem Zweigverein Oppeln beginnend, deren Mitgliedern. Das unter solchen Verhältnissen durch die Einteilung der Zweigvereinsbezirke in vielen Orten so manches Elend Arbeit liegen blieb und auch Mitglieder verloren gingen, ist sehr bedeutsam. Die Meinungen und Meinungsfäden gingen in einzelnen Zweigvereinen so weit, daß sich die Mitgliederzahl nicht vorwärts, sondern rückwärts bewegte. Alles Eingreifen des Gauvorstandes blieb in der ersten Zeit erfolglos, die Konflikte brachen immer wieder von neuem aus. Von dem dritten Quartal bis zum Jahresende hat sich in etlichen Zweigvereinen die Sache doch geändert. Einzelne der harren Steine haben sich nun größtenteils selbst ausgerichtet, andere wieder wurden matt und müde, die Streitigkeit konnte begradigt werden, ein friedliches Zusammenarbeiten griff Platz, und hoffentlich werden all die Zweigvereine, in denen heute noch Zank und Streit unter den Vorstandsmitgliedern vorhanden ist, dem guten Beispiel der übrigen folgen und im Jahre 1908 mehr als bisher im Interesse der Allgemeinheit an dem Ausbau der Organisation teilnehmen.

Ein weiterer Mißstand ist, daß die Erledigung der Kassen-gechäfte nicht immer in die Hände der geeigneten Personen gelegt wird, und daß ferner die Revieroren und Vorstandsenden nicht genügend die Kassen- und Buchführung der Kassierer kontrollieren; nur in Tischel, Kattowitz und Ostrauß haben die Revieroren ihre Pflicht erfüllt. Die Unterschlagungen seitens einiger Kassierer sind nur darauf zurückzuführen, daß die Kassierer den Hülfsstifterern mehr Marken auszuhändigen, als bei der Zahl der Mitglieder notwendig war. So mancher Kassierer hat an eine regelrechte Abrechnung mit den Hülfsstifterern nicht gedacht. In Zweigverein Alt-Cosel sind einen Hülfsstifter sogar 300 Stück Beitragsmarken ausgehändigt, die am Ende auch unterteilt werden sind. Solche Mißstände müssen befeistigt werden, und wir hoffen, daß sich nun im kommenden Jahre die Revieroren aller Zweigvereine ihrer Pflicht bewußt werden und versuchen, mit Hilfe des Gauvorstandes eine geregelte Kassen- und Buchführung durchzuführen. Die Mitgliederzahl gestaltete sich folgendermaßen:

Zweigvereine	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Alt-Cosel	60	92	100	92
Antonienhütte	188	200	180	231
Beuthen	—	—	128	136
Deutsch-Raßnitz	—	60	95	122
Döbeln	—	55	73	73
Döbeln	—	54	54	56
Gleiwitz	—	91	75	41
Kattowitz	1962	500	586	426
Königshütte	97	333	160	139
Königshütte	—	70	70	56
Krapkowice	—	—	—	36
Leobschütz	—	—	37	34
Ober-glogau	—	—	—	207
Ostrauß	—	165	162	207
Pleß	—	—	45	37
Ratibor	—	—	60	81
Satraw	—	—	36	52
Schoppin	—	—	24	28
Woschitz	—	558	279	186
Zabrze	—	—	52	94
<b>Summa</b>	2307	2172	2196	2077

Verhandlungsfäden stehen uns nur in Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte und Zabrze zur Verfügung, die auf Rollen der Generalversammlung gemeldet sind; in allen übrigen Orten müssen wir uns mit Privatwohnungen zufrieden geben. Es ist auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken, Lokale zu erhalten. Die Herren Klubvorsteher und der größte Teil der Geistlichen mit Hilfe der katholischen Fachabteilung sehen alle Hebel in Bewegung, um die freien Gewerkschaften mundtot zu machen; aber auch dies dürften ihnen nicht mehr gelingen. Im übrigen geht es zwar auch ohne Lokal; wie die Mitgliederzahlen in den einzelnen Zweigvereinen ausweisen, stehen die Vereine, die ohne Lokal sind, nicht immer an schlechtesten.

Der Bauarbeiterkrieg hat so gut wie gar keine Fortschritte gemacht. Auf der letzten Bezirkskonferenz am 11. Oktober erhielt der Gauvorstand den Auftrag, mit Hilfe der Gewerkschaftsälteste mit den übrigen Bauarbeitern in Verbindung zu treten, um vorläufig in den fünf größten Bezirken — Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte und Zabrze — Bauarbeiterkommittäten ins Leben zu rufen. Der Auftrag ist ausgeführt worden; Bauarbeiterverhandlungen, die bis auf jene Orte ausschließlich nur von Mauren befürchtet waren, haben stattgefunden — aber damit war auch die Tätigkeit der Bauarbeiter für mehr Schutz für Leben und Gesundheit zu Ende. Es hat sich auch hier wieder von neuem gezeigt, daß der größte Teil der Bauarbeiter Oberschlesien noch lange nicht reif ist, den Kampf in seinem eigenen Interesse für Befreiung der Mithälfte zu führen.

Vom Gauvorstand wurden 6 Bezirkskonferenzen, 27 öffentliche, 66 Mitgliederverhandlungen und 98 Befreiungen abgehalten; ferner waren 37 Tage für Fernhaltung des Zugangs, 22 Tage für Hausaufstellung, 43 Tage zur Schlichtung von Discrepanzen auf Bauten, 45 Tage für Verhandlung des "Grundstein" und schriftliche Arbeitsergebnis 21 Tage für Termine, Reichstagswohl, Sitzungen, Konferenzen, Flugblattverbreitung usw. notwendig. Die Korrespondenz umfaßt 1237 Eingänge und 1588 Ausgänge; außerdem mußte jehmal Strafporto gezahlt werden.

Die Abrechnung für das Jahr 1907 ergibt:

Ginnahme	
Kassenbestand am 1. Januar 1907	M. 172,12
Bücher vom Verbandsvorstand	8749,14
Beiträge auf Grund des Status	1050,86
Auslagen für Streitleitung zurück	616,37
Beiträge der Zweigvereine	286,60
Sonstige Einnahmen	89,80
<b>Summa</b>	M. 6064,89

Ausgabe	
Gehalt	M. 2100,—
Entgangener Lohn an andere Kollegen	268,46
Dielen	1955,60
Abgeld	688,50
Bureauumte, Feuerung, Licht und Utensilien	176,10
Drucksachen	335,74
Porto und Schreibmaterialien	195,85
Sonstige Ausgaben	
Unterstützungsvereinigung, Invalidenmarken und Krankenkassenbeiträge	50,82
Zeitschriften, Stempel usw.	55,75
<b>Summa</b>	M. 5801,82

#### A b s c h l u s s

Einnahme	M. 6064,89
Ausgabe	5801,82
<b>Kassenbestand</b>	M. 208,57

Der Gauvorstand. Herm. Baude, Kattowitz.

#### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigung sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können von Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

Gau Berlin. (Konferenzbericht.) Am 29. Februar und am 1. März fand im Berliner Gewerkschaftshaus die 10. Gaukonferenz statt. Der Gauvorstand Silbermannsredt gedachte in seiner Eröffnungsrede der gegenwärtigen Situation. Die Maßnahmen, die die Maurerorganisation im Hinblick auf die bevorstehenden schweren Kämpfe zu treffen hat, wurden hier besprochen werden.

In seinem mündlichen Bericht gab Silbermannsredt eine eingehende Übersicht über die Tätigkeit des Gauvorstandes während der beiden Jahre. Der Verlauf der im Bericht aufgeführten Lohnbewegungen, von denen eine Anzahl kleiner Bewegungen gar nicht erwähnt sei, zeige, daß das Jahr 1907 trotz der Kreis gute Resultate gebracht habe. Die Agitations- und Organisationsarbeiten im Gau hatten also gute Früchte gezeitigt. Nach der Beendigung des Berliner Kampfes habe sich in den Reihen der Mitglieder eine gewisse Verkennung bemerkbar gemacht. Der unablässigen Auflösungsarbeit sei es jedoch gelungen, die Kollegen zu überzeugen, daß dem unbestreitbaren Verlauf des Kampfes wirtschaftliche Ursachen zu grunde lagen und daß deshalb kein Anlaß zu Kleinmütigkeit vorliege. Diese Auflösungsarbeit habe Erfolg gehabt. Der trüffelnde Moment sei überstanden, in der Organisation herrliche wieder der natürliche Zustand; die Mitglieder führen mit gewohnter Entschlossenheit und Zuversicht der Zukunft entgegen. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Lehmann. Die Einnahmen (einschließlich des alten Bestandes) betrugen M. 50 605,46, die Ausgaben M. 40 594,46, bleibt ein Bestand von M. 10 010,98. In der Lottotafel war am Schlusse des Jahres 1907 ein Bestand von M. 270 888, das sind pro Mitglied M. 8,92. In der Diskussion brachten verschiedene Redner lokale Wünsche hinsichtlich der Agitations- und Organisationsarbeit vor. Im übrigen wurden keine Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes gemacht. Silbermannsredt beiente im Schlußwort nochmals, daß die Verhältnisse der Organisation im Gau durchaus zufriedenstellend seien. Nach einem Schlußwort des Kassierers wurde dem Gauvorstand Decharge erteilt.

Zur Beginn der Sitzung am Sonntag wurde der Bericht der Mandatseröffnungskommission erstattet. Der Bericht ergab, daß 124 Zweigvereine durch 154 Delegierte vertreten waren. 68 Zweigvereine hatten keine Delegierte entsandt; ferner waren anwesend: der Kollege Bömelburg als Vertreter des Verbandsvorstandes, der Kollege Dohme als Vertreter des Verbandsvorstandes, der Kollege Götzsch als Vertreter des Gauverbandes, und vom Vorstand des Gauverbandes Magdeburg und Stettin hatten sich durch dringende Verbandsgeschäfte entschuldigt. Der bisherige Schriftführer des Gauverbandes, Leopold Siegel, der sich seit Neujahr in Paris befindet, sandte der Konferenz seine Glückwünsche. Außerdem sind als Gäste anwesend: der Vorsitzende vom Gau Berlin des Bauarbeiterverbandes, Genoss Rennhak, und der Gauvorstand des Zimmerererverbandes für Böhmen, Genosse Bergemann.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegungen unter besonderer Berücksichtigung der bewerbenen Kämpfe im Bauwesen, referierte Silbermannsredt. Nach der modernen Rechtsidee ist die Arbeitskraft des Arbeiters dessen Eigentum, und entspricht es durchaus den eigentumsrechtlichen Begriffen und den Grundsätzen der bürgerlichen Gesellschaft, wenn sich der Arbeiter bemüht, sein Eigentum möglichst hoch und vorstellig zu verwerben. Da die Einnahme des Arbeiters im Grabe der Bekämpfung seiner Kulturbefreiung bestimmt, so hat er einen rechtlich und moralisch wohl begründeten Anspruch auf einen den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Lohn. Er führte dann weiter aus: Seit dem Jahre 1905 hat sich das Einkommen der Maurer in Deutschland durchschnittlich um 7 p. 100 erhöht. Die Preise der notwendigen Bedarfssachen sind dagegen in viel höherem Maße gestiegen und werden in der nächsten Zukunft noch weiter steigen. Auf der anderen Seite wird es in nächster Zeit kaum möglich sein, das Einkommen der Maurer so zu erhöhen, daß es mit den gestiegenen Ausgaben in Einklang steht; denn in der heutigen Gesellschaft ist nicht das Recht und der moralische Anspruch der Arbeiter maßgebend, auch nicht die wirtschaftliche Notwendigkeit ist bestimmd, um die berechtigten Ansprüche der Arbeiter zu erfüllen, sondern nur die Machtverhältnisse sind ausschlaggebend. In der gegenwärtigen Zeit der Gesellschaftsnotwendigkeit sind die Machtverhältnisse der Arbeiter, besonders im Bauwesen nicht günstig gestaltet. Das ist

eine Folge der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und deshalb kein Grund zur Mutlosigkeit.

In den vergangenen Jahren des guten Geschäftsjahres mußten die Unternehmer die Löhne aufstellen, und das Meistbeschäftigte der Arbeiter im Hinblick auf ihre Verhältnisse zum Unternehmer ist gestärkt worden, nicht zum wenigsten durch die Einfluss der Organisation. Aber bei der Aufstellung von Forderungen hatten die Kollegen in den letzten Jahren nicht immer ein Gefühl für das rechte Maß dessen, was sie den Unternehmern noch durchsetzen konnten. Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, daß sich die berechtigten Forderungen der Kollegen in den Jahren des tatsächlichen Erfolges halten. Nur widerstreitend haben die Unternehmer im letzten Jahrzehnt die Forderungen der Arbeiter bewilligt und auf die Gelegenheit gewartet, um an den Arbeitern Macht zu nehmen. Seit langer Zeit machen sich in den Reihen der Unternehmer Pläne bemerkbar, die darauf gerichtet sind, den Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage ein Ziel zu setzen. Seit 1904 haben sich diese Pläne zu positiven Vorstellungen verdichtet, die dahin gehen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, zu bestimmen, wann, wo und unter welchen Umständen sie Kampf führen wollen. Die Unternehmer wollen jetzt das Kampfgebiet bestimmen und es so weit ausdehnen, daß die Kraft der Arbeiterorganisation einem so großen Kampf nicht standhalten kann. Diese Pläne der Unternehmer werden ja nicht verwirklicht werden können. Sie werden teils an wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern, und die Arbeiterorganisation wird alles tun, um zu verhindern, daß die Pläne der Unternehmer in Erfüllung gehen. Die Unternehmer haben sich auf den Kriegspfad begeben, sie wollten erzielen, daß der Einfluß, den die Arbeiterorganisation auf die Gestaltung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse gewonnen haben, wiederholt wird. Die Unternehmer wollen wieder die früheren Verhältnisse schaffen, wo sie, gleich absoluten Herrschern, alle die Arbeitsbedingungen festlegten. Unserhält ist es, daß die Unternehmer Taxifälle aufstellen ohne Rücksicht auf die Tätigkeit der Arbeiter, und verlangen, daß diese Taxifälle angenommen werden. Es ist die größte Ergründung der letzten Zeit, daß wir den Unternehmern das Recht abgerungen haben, bei der Gestaltung des Lohns und Arbeitsbedingungen unsererseits mitzubestimmen, wodurch der absolute Herrschaftsrecht der Unternehmer ein Ende gemacht worden ist. Nun wollen die Unternehmer die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Gestaltung der Arbeitsbedingungen wieder befeiigen. Diese Abwehr der Unternehmer tragen deshalb einen unmoralischen Charakter, weil sie durchgesetzt werden sollen in einer Zeit, wo die Arbeiter in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Die Pläne der Unternehmer geben dahin, daß sie alle bestehenden Verträge ablaufen lassen und nicht eher neue Verträge schließen, bis alle Verträge dem Willen der Unternehmer entsprechend gestaltet sind. Im anderen Falle soll die Auspaltung erfolgen. Bisher waren die Taxifälle der Ausdruck eines Waffenstillstandes zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Unternehmer wollen jetzt Taxifälle einführen, welche in ihren Händen eine Waffe sein sollen zur Niederschlagung der Arbeiterorganisation. Nicht eher wollen sie Verträge abgeschlossen, ehe nicht in Berlin ein Vertrag nach ihrem Willen zu Stande gekommen ist. Wir werden also einen Kampf befeiigen, der erneut ist als unter früheren Kämpfen. Über das können wir mit Bestimmtheit sagen: unsere Situation ist keineswegs hoffnungslos oder trostlos. Wir werden uns so einzurichten können, daß wir die Pläne der Unternehmer durchsetzen können.

Wir haben uns vor Augen zu führen, wie sich die Staubbewegung in unserem Gau entwickeln wird. Hier stehen, bis jetzt 28 Lohnbewegungen in Aussicht, zu denen die Unternehmer bereits ihre Gegenmaßnahmen getroffen haben. In vier von den betreffenden Vereinen haben die Unternehmer und ihre Vertragsvereine unterbreitet; in Süden ist es bereits zur Auspaltung gekommen. In diesen Vereinen, wo wir keine Forderungen stellen, haben die Unternehmer die Verträge gefügt und die Annahme ihres Tarifstauroux verlangt. In drei Vereinen ist uns die Kündigung eingereicht, ohne daß die Unternehmer bis jetzt ihre Vorlage machen. In Niedersachsen, wo wir bisher keinen Vertrag hatten, verlangen die Unternehmer ebenfalls die Kündigung ihrer Verträge. Das sind also 25 Orte, wo die Unternehmer bereits Maßnahmen uns gegenüber getroffen haben. In einigen Orten sind die Unternehmer sogar mit Herauslösung der Löhne vorgegangen. Man sieht daraus, wohin die Unternehmer zielen. Sie wollen nicht nur Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verhindern, sondern sie bewirken auch die Notlage der Arbeiter, um Lohnherabsetzungen durchzusetzen. Unsere Aufgabe für das nächste Jahr wird vor allen Dingen dahin gehen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die bestehenden Arbeitsbedingungen zu verteidigen und jeder Abseit einer Verhinderung der Arbeitserledigung den größten Widerstand entgegenzusetzen. Bei uns auf Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse gerichteten Forderungen werden wir in der nächsten Zeit die größte Vorsicht walten lassen müssen. Bei allen Angriffsversuchen ist das Streiksegment und der Rat des Gauvorstandes genau zu folgen. Welche Taktik wir bei unserer Abwehrbewegung gegenüber den Auspaltungen auf Grund der Unternehmerbedrohung befolgen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen, und es kann deshalb noch nichts darüber festgestellt werden. Doch das ist sicher, daß wir das, was die Unternehmer wollen, mit allen Mitteln abwehren werden. Es kann sein, daß der Verbandsvorstand sich veranlaßt sieht, Maßnahmen zu treffen, die vorher nicht in Versammlungen verabschiedet worden sind, und die manchmal unverhältnismäßig erscheinen mögen. Für diesen Fall rechnen wir darauf, daß die Kollegen unbedingt Verträge zum Vorstande haben, und daß sie strenge Disziplin befolgen. Wenn andere Kollegen in diesem Sinne handeln, dann werden wir auf sie aufpassen. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Dann folgte ein Referat von Lehmann über Agitation. Er führte aus, was der Gauvorstand hinsichtlich der Agitation im Gau getan hat und in welcher Weise und mit welchen Mitteln die Agitation in nächster Zeit zu betreiben ist. Es werde wesentlich darauf ankommen, daß

nicht nur in den größeren Orten, sondern auch auf dem Lande eine lebhafte und energische Agitation betrieben werde. Für die Agitation im Gau sollen folgende Grundsätze maßgebend sein: Es ist Pflicht aller Delegierten, für die Stärkung des Verbandes zu wirken. Die Vorstände haben Vortrąungen zu treffen, damit alle im Gau vorhandene Maurer von der Agitation erfährt werden. In den größeren Bezirken sind Agitationsschaffschaften zu bilden, die den Vorstand bei der Landtagung ständig unterstützen. Die Agitationssarbeit wird der Vorstand durch Stellung von Referenten, Erteilung von Ratschlägen und erforderlichen durch materielle Mittel fördern. Es sollen auch erneut Erhebungen über die Lage der Maurer im Gau vereinbart werden. Die Diskussion erstreckt sich gleichzeitig auf beide Referate. Die Redner beschäftigen sich meist mit Ausführungen über die Agitation, wobei vorwiegend die befordernden Verhältnisse einzelner Bezirke und Orte zur Sprache kamen.

Kollege Wölbürkung sagte unter anderem: Da es in der Zeit der Krise kaum möglich sei, in den großen Orten neue Mitglieder zu gewinnen, so müsse die Agitation besonders auf dem platten Lande betrieben werden. Dann werde es auch gelingen, trotz der Krise neue Mitglieder zu gewinnen. Einheitlich der befordernden Kämpfe sagte der Redner: Am 16. März beginnen die Verhandlungen mit den Unternehmern für das Gebiet des Maingaus und am 23. für das Rheingebiet. Erst nach diesen Verhandlungen werde sich übersehen lassen, welchen Verlauf die Bewegung nimmt und welche Taktik der Verband zu befolgen habe. Wir sehen in den Tarifverträgen eine Einrichtung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmer aber wollen Tarifverträge aufzwingen, die ihnen als Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft dienen. Mit aller Bestimmtheit erklärte ich hier: Solche Verträge finden unsere Zustimmung nicht. Bei allen Verhandlungen, die wir seit Jahren mit den Unternehmern führen, haben wir stets den Verhältnissen Rechnung getragen. Wir hätten so manches Mal, wenn wir unsere Kämpfe fortgesetzt hätten, anderen Unternehmern zuwinken können, aber wir haben immer loyal gehandelt und uns auf einer mittleren Linie zu einem versteckt. Wenn es die Unternehmer jetzt umgekehrt machen, wenn sie beschließen wollen, uns zu treiben, dann gibt es kein Vertrauen mehr. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass wir Tarifverträge haben wollen. Wir werden aber niemals Verträge annehmen, durch welche unsere Organisation gefesselt wird. Wir werden den Unternehmern zeigen, dass die Zeiten vorüber sind, wo sie ihre Bedingungen diktieren könnten. Nur auf Grund gegenwärtiger Einverständnisse werden die Lohns- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden.

Nach Schluß der Diskussion erklärte sich die Konferenz einstimmig mit den vom Referenten Silbermann aufgestellten Grundzügen einverstanden. Dieselben lauten:

1. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist der Planen der Arbeitgeber entgegenzuwirken.

2. Jeden sonstigen Versuch der Arbeitgeber, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegenzutreten.

3. Angriffsbemühungen sind zurückzuhalten und nur in vollem Einverständnis mit der Verbands- und der Gauleitung zu beginnen.

4. In dieser Konfliktsituation ist strenge Disziplin zu über und den taktischen Maßnahmen der Leitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.

Aus neun Bereinen lagen Anträge vor, die eine andere Regelung der Streitunterstützung für solche Mitglieder wünschten, die sich während eines Berliner Streiks oder einer Ausprägung in ihrem Wohnort begeben. Besonders sind regelmäßiger mehrere laufende Mitglieder im Berliner Wohngebiet beschäftigt, die außerhalb dieses Bereichsgebietes wohnen und den heimatischen Zweigvereinen angehören. Die jetzige Form der Streitunterstützung auszahlung bestreitet nicht alle Mitglieder und auch die Verbandsleitung steht darin kein Ideal. Es erscheint deshalb ratsam, daß der nächste Verbandsstag eine zentrale Regelung verfügt. Darauf wurde beschlossen, es den betreffenden Zweigvereinen anheimzustellen, dem nächsten Verbandsstag diese Anträge zu unterbreiten. Bis dahin bleibt für Berlin die jetzige Regelung dieser Frage in Kraft. Angenommen wurde ein Antrag, welcher bestätigt, daß Anträge zur Konferenz den Zweigvereinen vier Wochen vor der Konferenz bekannt zu geben sind. Zwei andere Anträge wünschten, daß die Bereine, die von Berlin Beitragsmarken besitzen, der am Orte verbleibende Anteil um 2/3 erhöht werde. Diese Anträge fanden nicht die Zustimmung der Konferenz. Die Wahl des Gauvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Silbermann, Vorsteher, Lehmann, Käffitzer, Anton, Schriftführer, Hante und Thoma Büssifer. Lennin, Marx und Kerkert Revisor.

Damit war die Arbeit der Konferenz beendet. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Maurerorganisation wurde sie vom Vorsitzenden geschlossen.

**Alsfeld.** Sonntag, den 8. März, tagte hier eine Konferenz für die oberhessischen Oste. Nicht vertreten waren die Orte: Marburg, Salzgitter, Schwarz und Burg-Gemünden. Kollege Schmitt konstatierte, daß der oberhessische Bezirk seit einiger Zeit zum Zweigverein Fulda gehöre. Dieser Bezirk, der vorwiegend landlich ist, hat sich in unferem Gau bisher am schlechtesten entwidelt und bildete gewissermaßen das Schmerzenkind. Nun scheint es endlich doch anders zu werden. Die tieftraurigen Lebensverhältnisse, unter denen die Kollegen in diesem Gebiete zu leiden haben, zählen zu den erbärmlichsten im Deutschen Reich, und führen zur vollständigen Verarmung, sowohl zur körperlichen und geistigen Verzweiflung. Diese trostlosen Zustände können doch endlich unsere Kollegen aus ihrer bisherigen Leidhabe auszurütteln. Der Besuch der Konferenz und das Interesse seiner Teilnehmer zeigte, daß es vordärts geht. Der Gauvorstehende, Kollege Hüttmann, entwidelt nun in großen Bügeln unsere nächsten Pläne und Aufgaben. Er betonte, daß die heutigen Verhandlungen nur die davor notwendigen Vorbereitungen treffen sollen, während eine später stattfindende Konferenz definitive Verträge fassen müsse. Hüttmann hofft, daß dieses bald geschehe und sich bis dahin die Mitgliederzahl der Organisation sowie die

Zahl der Konferenzteilnehmer mindestens verdoppeln. Nun machten die Kollegen Angaben über Lohnhöhe und Arbeitszeit sowie über die sonstigen Verhältnisse in ihren Orten. Hierbei wurden sehr trübe Bilder aufgerollt. Nur in den drei kleinen Städten des Bezirks: Salzgitter, Alsfeld und Lauterbach besteht Stundenlohn; er beträgt 32 bis 34 und 38; die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden im Sommer. In allen übrigen Landorten herrscht noch der Tagelohn und meistens unbestimmte Arbeitszeit; diese gilt von Licht zu Licht. In den Sommermonaten, wenn die Tage am längsten sind, erreicht die Arbeitszeit oftmals die Dauer von 15 Stunden. Tagelohn für diese Leistung wird an diesen Orten (sehr viel Lehm, Bruchstein, auch Zuckarbeit) die horrende Summe von  $\text{M. } 1,50$  bis  $\text{M. } 2$  in der Woche. Lohntag kennt man überhaupt nicht; oftmals wird nur im Herbst einmal abgerechnet. Den übrigen Teil des Lohnes erhalten die Kollegen — nach der bereiteten Methode der sogenannten Kostabrechnung, und wenn die Arbeitssitze außerhalb ihres Wohnortes liegen — was vielfach der Fall ist —, auch Unterkunft. Aber diese ist auch danach. Von verschiedenen Kollegen wurden Fälle geschildert, daß sie des Nachts in einer Scheune oder einem Stalle — wo kein Halmstroh drinnen war — untergebracht wurden. Wie ein solches Nachtlager auf den Gesundheitszustand eines Märters wirkt, der oftmals noch nach geregnet ist und nur mit einem Sack zugedeckt, kann sich jeder leicht vorstellen. Außer diesen jährliehen Verhältnissen wurden auch die Mängel des Festgebiets dreifach beleuchtet. Wenn auch an manchen Stellen das Eisen als gut oder leicht bezeichnet werden kann, so läßt es doch an den meisten Plätzen sehr viel zu wünschen übrig. Wollten wir ein solches Spezieszettel hier veröffentlichten, so dürfte es wenig Menschen geben, denen wir damit den Mund wässern möchten. In der Erste, oder wenn die Bauern im Felde beschäftigt sind, kommt es vor, daß die Arbeitnehmer recht unregelmäßig und oberflächlich ausfallen. Das Eisen besteht aus Produkten, die in der Landwirtschaft — und auch sonst — nicht zu den wertvollsten gerechnet werden. Ist einmal die Suppe oder der Kaffee für die Kolonne etwas knapp, so ist in der Regel die Wasserpumpe nicht allzuweit entfernt. Desartige kleinen Illustrationen deutlich, in welchem Umfang der oberflächliche Maurer steht und wie hoch seine Menschenwürde eingeschätzt ist. Zahlreiche Kollegen meistens zu den Verträgen in der Gemeinde, die den wenigsten Grundbesitz haben und infolgedessen auf Nebenerwerb, auf Verdienst auskommen müssen. Einzelne Kollegen sind schon ganz bettlägerig. In der heutigen Zeit, wo sich die Konzentrierung des Großbetriebs immer mehr vollzieht, ist das Emporkommen des Geburt aus Minderbemühungen — mit ehrlichen Mitteln unmöglich geworden. So liegen die Dinge auf dem Lande, in den drei Städten steht es auch nicht viel besser aus. Der geringe Verdienst, sowie die kurze Bauzeit, die mit der hohen Gebirgsgegend zusammenhängt, bedingen einen allzu hohen Jahresentnahmen. Ferner haben die ländlichen Kollegen alle ihre Wehrabzeichen, Kolonialwaren, Kleidungsstücke usw. teurer zu bezahlen als der Arbeiter der Großstadt. Daß den Kollegen noch die Existenz möglich ist, ist nur der Mithilfe der Frauen und Kinder unter schwierig und langer Arbeitszeit auf ihrem geringen Anteilen oder als Aushilfe bei den begüterten Bauern zu verdanken. Soweit das Hauptfachleute über das Lebens- und Kulturniveau unserer Kollegen. Hervorgehoben wurde, daß es hier nicht in erster Linie die Unternehmer sind, die sich gegen die Befreiung der veralteten Gewohnheiten und Mönchsträume, sondern teilweise die kauende bürgerliche Bevölkerung, die bei dem Kostensteigen unter oben angeführten Gründen billiger kommt, als mit Ausdehnung des harten Lohnes. Ein unserer Kollegen liegt es nun, Hilfe des Zusammenhaltes — der Organisation — in Anspruch zu nehmen, so werden auch sie durch anständige, aber mutige Befügung in der Arbeiterschaft zu einer sonnigen Kulturfeste

in unseren Bezirkstafalen, die noch durch eine Anzeige im "Vorwärts" bekannt gegeben werden, zu melden und erhält dann die Arbeitslosigkeit durch einen Stempel im Verbandsbuch becheinigt. Die Arbeitslosenmarken können dann auf Listen gezeichnet oder im Bureau gegen Vorzeigung des Verbandsbüros in Empfang genommen werden; eine nachträgliche Meldung wird unter keinen Umständen anerkannt. Die Kollegen können sich auch im Bureau Schrift. Es müssen. Dann gab der Vorsitzende Ernst Scholze einen Situationsbericht von der jetzigen niedergelassenen Konjunktur und wies darauf hin, daß die Unternehmer dies dazu ausnutzen, die Arbeitslosen in schamboller Weise zu drücken. Unter allen Umständen müsse unfehlbar an der befehlenden abförmigen Arbeitszeit und  $\text{M. } 8$  Abschlagszahlung festgehalten werden. Weiter mache Redner auf das Rundschreiben des Arbeitgeberbundes aufmerksam. Es sei nun Pflicht eines jeden Kollegen, triftige Agitation für unseren Verband zu entfalten und sich an der Flugblattverteilung, die am 15. März stattfindet, rege zu beteiligen. Am 19. März findet in Greves Mühle, Kloppenstraße 29, eine öffentliche Bürgerversammlung statt.

**Frankfurt a. M.** Am 10. März hielt der Zweigverein seine Jahresversammlung ab. In der Hand des gedruckt vorliegenden Jahresberichts schilderte Kollege W. Schneider die wichtigsten Ereignisse des Geschäftsjahrs 1907. Der Rückgang der Bautätigkeit machte sich besonders in Frankfurt a. M. bemerkbar. Rund tausend Maurer waren dort weniger als in den früheren Jahren beschäftigt. In den übrigen Orten des Zweigvereins, besonders in Offenbach, höchst, Bad Homburg und einer Anzahl Landorte, war die Bautätigkeit überhaupt gut, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können; 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach. Wurden ein Teil später durch Vermittlung der Verbandsleitung wieder eingetragen wurde. Die Haushaltssatzung wurde ebenfalls in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 227 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 349, geforworten 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwunden 115. Die Zahl der Bautstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstand abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationssitzungen unternommen, 227 Verkündigungen abgehalten, und 88 Preßveröffentlichungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitssorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Baustellenfunktionen eingetragen werden. In neuen Fällen waren die vorgezogenen Strommänner nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufzubringen zu können. 48 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von  $\text{M. } 1821$  gebrach, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Rückgang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7098. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, zugleich sind 860, abgetreten und 1430, in andere Berufe übergetreten 34

glanden Versammlungsbericht gab Kollege Sameier eine genaue Erklärung. Eine Antwort auf dies Verlegenheitsprodukt in der Preise zu geben, liege gegenwärtig nicht im Interesse der Bauarbeiterchaft. Nachdem noch auf die im ganzen Zweigverein stattfindende Flugblattverbreitung hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung zur ständigen Kameradschaft die Generalversammlung.

**Karlsruhe.** Die Generalversammlung des heutigen Zweigvereins fand am 8. d. M. statt. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Am 1. Januar 1907 zählte der Zweigverein 2903 Mitglieder, neu eingetretene sind 272, ausgetreten 88, abgereist 189, ausgetreten bezw. zu anderen Verbänden übergetreten 153, ausgeschieden wurden 2, gestorben sind 34, zum Militär eingezogen 59, und wegen rücksichtiger Beiträge mussten 67 Mitglieder ausgeschlossen werden, somit zählte der Zweigverein am 1. Januar 1908 2247 Mitglieder. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die schlechte Baufonduktur, die sich im verflossenen Jahre im Bezirk bemerkbar gemacht hat, zurückzuführen. Es besteht auch heute noch kein Anstieg, daß diejenigen in nächster Zeit besser wird; zur Zeit ist anstrengend die Hälfte der Mitglieder noch arbeitslos. Der Vorsteher gestaltete füll wie folgt: Eingegangen sind 905 Briefe, 1073 Karten, 173 Dresden, 47 Berlin und 19 Telegramme; Ausgänge waren es 997 Briefe, 1161 Postkarten, 2000 Dresden, 64 Berlin und 11 Telegramme. In 92 Zählstellen wurden 273 Mitgliederversammlungen, bei denen ein Vertreter des Zweigvereinsvorstandes oder ein Referent vertreten war, abgehalten; öffentliche Versammlungen tauchten drei. Ferner fanden statt: 10 Vorstandssitzungen, 5 Bezirkskonferenzen und 10 Baudelegierungen; verhoben muß werden, daß das Bau-Referentenamt im verflossenen Jahre nicht so gut durchgeführt werden konnte, wie in den Jahren vorher; es mag dies wohl seine Ursache darin finden, daß, infolge der schlechten Bevölkerung, die Baudelegierungen einer schwächeren Bedeutung von den Unternehmern und den Polizeien, die sich heute noch höher als ein Arbeiter dünken, ausgeübt waren. In verflossenen Jahren müssen Unternehmer von der Organisationsleitung darauf aufmerksam gemacht werden, daß es einzig und allein Sache der Organisation ist, das Baudelegierungsamt an den Baustellen durchzuführen. Der Versammlungsbericht war im verflossenen Jahre durchschnittlich gut; es waren nur wenige Zählstellen, von denen dies nicht behauptet werden kann. Dicen voran marschiert die Zählstelle Dörs bei Bruchsal; dort spielen beröhrliche Streitigkeiten und die Frauen eine gewisse Rolle. Es ist dies wirklich zu bedauern, zumal die Dörsler Stolzen doch auch im Bruchsal-Streit ihren Mann geteilt und mit gehoben haben, ganz bedeutende Lohnverhöbungen für die Mauer zu erkämpfen. Was die Beitragszahlung im allgemeinen ansbelangt, so muß leider konstatiert werden, daß es auch im Berichtsjahr nicht ohne Mängelbriefe für die mit ihren Beiträgen rücksichtigen Kollegen abging; es mußten jolche an 192 Kollegen gerichtet werden. Die Errichtungsbeiträge waren am Jahresende auf 70 v. 100 der Kollegen bezahlt. Es wird hoffen, daß die Zählstellenverhöbungen in diesem Frühjahr dafür sorgen, daß von den übrigen Kollegen das Beräumte nadageholt wird. Bei der Berichterstattung über diese Frage nahm der Vorsitzende Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß eine ganze Anzahl wichtiger Kollegen in der Organisation vorhanden sei, die es aber bisher verkannt haben, die Frauen über die Beitragszahlungen der Organisation aufzufäumen; infolgedessen komme es öfters vor, daß Frauen immer wieder gegen die Organisation anstreiken; es sei hier nur ein Beispiel angeführt. Ein Mitglied Sch. in Illingen mußte auch ein Mängelblatt zugeführt werden. Es wurde von ihm eine Antwort verlangt; die Antwort kam aber von seiner Frau und lautete:

Herr August Philipp!

Auf Ihr Schreiben zur Antwort, daß ich nicht gekommen bin, die von Ihnen geforderten Beiträge zu bezahlen, und mein Mann bekommt die Schreiber nicht zu lehren, sie zu wenden, wie alle, die schon in meine Hände gelangten, wohin sie gehoben, ins Neuer. Wie oft schon hat ich meinen Mann aus dem Verbande ausgetreten, aber er tat es nicht; schließen Sie ihn jetzt nur rübig aus und haben Sie keine Sorge; sollte ihm etwas passieren, dann ist besser für ihn gejagt ohne Unterstützung von einem Sozialverein; der Ober, der Herr über Leben und Tod, wird schon sorgen für uns. Weinen Sie, ich wollte für Sterbehilfeleitung keinen Namen in einem Sozialblatt verunglimpft haben, z. B. "Grundstein".

Entschuldigendes Schrift, mußte im Bett schreiben, da ich krank. Frau Severin Schmidt.

Wir wollen hier der Frau wegen des Schreibens leinen Vorwurf machen, denn das ist allgemein bekannt, daß Frauen während der Abwesenheit des Mannes von gewisser Seite beeinflusst werden; hier trägt jedenfalls der Ehemann die größte Schuld, weil er es unterlassen hat, seine Frau darüber aufzuklären, daß es einzig und allein die Organisation der Maurer war, die dafür gejagt hat, daß die Maurer in den letzten Jahren einen bedeutend höheren Lohn bekommen, als dies früher der Fall war, bevor sich die Maurer organisiert hatten. Es muß in Zukunft von unseren Kollegen verlangt werden, daß sie die Auflösungsarbeiten bei ihren Frauen in vollem Maße durchführen. Wenn auch einzelne Frauen der Meinung sind, daß die Unterstellungen aus einem "Sozialverein" nicht notwendig sind, so wurde in der Versammlung allgemein anerkannt, daß durch die Unterstellungsvereinigungen des Verbandes mancher Maurerfamilie aus der momentanen Not geholfen wurde. Es wurden 1907 an Unterstellungen ausbezahlt: Straßenunterstützung an 412 Kollegen M. 5539, Sterbehilfeunterstützung in 25 Fällen M. 900, für Rechtsanwalt an 10 Mitglieder M. 601, Rechtsunterstützung an 137 Mitglieder M. 198, Mängelunterstützung an 6 Kollegen M. 349,11 und endlich für Sterbehilfeunterstützung M. 3181,56. Gesamtsumme der Unterstützungen M. 10782,64. Vertretungen bei Entschuldigungsflaggen für Mitglieder nutzten in 9 Fällen übernommen werden, davon waren 8 von Erfolg. Die eingelagerte Summe betrug M. 218,46. Die Kassenverhältnisse ge-

stalteten sich wie folgt: Einzahlung für die Hauptfasse M. 40005,81, für die Zollfasse M. 17805,80, zusammen M. 63 874,81. Ausgabe der Hauptfasse M. 46 008,81, der Zollfasse M. 14 253,12, zusammen M. 60 260,93, somit Kassenbestand der Zweigvereinsfeste am 1. Januar 1908 M. 3007,64. Lohnbewegungen, bei welchen Tarifverträge anti den Unternehmern abgeschlossen wurden, wurden durchgeführt in Bruchsal, Durlach, Au b. Durlach, Wöllingen, Söllingen, Ettlingen, bei der Firma Baum & Schäfer von Mannheim in Durlach und bei drei Firmen der Betonbranche in Karlsruhe. Geplant wurde, um die Forderungen, durchzuführen, in Bruchsal 14 Tage, in Söllingen bei Unternehmer Wall 4 Tage, in Durlach bei Schweizer 2 Tage und in Karlsruhe bei der Firma Josef Krapp 3 Tage. Erfolgslos blieben die Lohnbewegungen in Rosatz und Börs. Statistiken zu Lohnbewegungen wurden 9, zur Leistungsfähigkeit der Bevölkerung 3 und über die Arbeitslosigkeit bei den Maurern 3 aufgenommen; eine der letzteren im Oberer; zweitens Einlage einer Petition an den badischen Landtag. Diese soll die Regierung veranlassen, Schritte einzuleiten, daß an den Staatsbauten vor allen Dingen einheitliche Arbeitgeberstätigkeit erhalten, und erstmals dann, wenn Mangel an leistenden fremden Arbeitsträgern herangezogen werden dürfen. Die Versammlung bedauerte, daß es keine von Seiten der Regierung in diesem Sinne noch nichts Rennenswertes getan wurde, um die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern zu mildern. Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß der übermächtigen Zukunft von ausländischen Arbeitsträgern Einhalt geboten würde. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Plattenlegersetzung wegen der Beitragsfrage. Die Plattenleger haben bisher ihre Beiträge immer im Vereinslohn bezahlt; weil aber der größte Teil dieser Mitglieder auswärts beschäftigt ist, kann es dort, daß ein großer Teil am Jahresende mit Beiträgen im Südsland war. Um diesen Missstand aus der Welt zu schaffen, wurde beschlossen, daß die Beiträge der Plattenleger in Zukunft von den Hüllfassierern der Mauer in den verschiedenen Zählstellen erhoben werden sollen. Beschlusser wurde ferner, dem Maurer Kaiser Klein, der im verflossenen Jahre wegen Vergewaltigung gegen den S. 77 des Statuts ausgeschlossen wurde, wieder aufzunehmen. Nachdem die Neuwahlen, bei denen die bisherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des Schriftführers, wieder gewählt wurden, erledigt waren, forderte der Vorsitzende die Beräumten auf, in Anbetracht der Kriegserklärung der Unternehmer in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen, sondern dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre die Organisation im Zweigvereinsgebiet auf eine Höhe gebracht wird, um dem Kamf, der uns nach Ablauf des Tarifvertrages im Jahre 1909 bevorsteht, mit der größten Fühe entgegenzutreten zu können.

**Neira.** Unser Zweigverein hielt am 1. März seine Monatsversammlung ab. Der Besuch der Versammlung ließ viel zu wünschen übrig, indem von 66 Mitgliedern nur 27 die Versammlung besucht hatten. Zunächst erstattete Kollege Fr. Schmidt den Bericht über die Gaulandfenz-Herzogshof, wurde bejubelt, daß es jedem Zweigverein zur Pflicht gemacht wurde, die Kasse gelber alle Monate abzugeben. Weiter wurde noch an die Kollegen appelliert, die ihren Pflichten, bezüglich der Errichtungen nicht nachgekommen sind. Weiter wurde die rüngige Agitation und Flugblattverbreitung einer Beweisung unterzogen, und die Kollegen bestimmt, um die umliegenden Orte zu besetzen. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende die Kollegen, daß mehr am Leben der Arbeiterpreise zu beteiligen, indem festgestellt wurde, daß von sämtlichen Mitgliedern nur 6 Leiter des "Holländischen Volksblattes" sind. Mit einem begeisterten Hoh aus unserer Verband erließ die Versammlung um 6 Uhr ihr Ende.

**Schweingarten.** In der am 7. März hier abgehaltenen außerordentlichen Maurerversammlung referierte unser Gauleiter Richard Kotter aus Mannheim über das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden. Er führte in einem längeren Referat den Kollegen vor Augen, welche harten Kämpfe uns beschworen, da die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden bis jetzt alle gescheitert sind und die Unternehmer von einer Verkürzung der Arbeitszeit und von einer Lohnverhöhung nichts wissen wollen. Es sieht uns ein Kampf bevor, wie es in Deutschland im Baugewerbe noch nicht gespielt wurde. Es sei jedoch eines jeden Maurers Pflicht, an dem Zustand der Organisation zu arbeiten, um dadurch die Pläne der Schärfmacher zu schwächen zu machen. Lebhafter Beifall. Bei der Diskussion wurde wiederum die Interesslosigkeit der Schweinger Maurer hervorgehoben, da noch nicht einmal ein Drittel davon in der Versammlung anwesend war. Der Vorstand machte noch einige geschäftliche Mitteilungen und schloß um 11 Uhr die Versammlung.

**Walsrode.** Am 7. März hielt der Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Es wurde beschlossen, daß es in den Zählstellen Hellingbostel, und Dorfmark mit soviel Schmiedeversammlungen verbunden ist, Hüllfassierer zu finden. Es ist doch traurig, in jeder Zählstelle nur zirka fünfzehn Kollegen, und keiner von ihnen ist als Hüllfassierer zu haben. Der Unternehmer Riehmeyer in Dorfmark will die einstündige Mittagspause wieder einführen. Es soll ihm der Zahnarzt, den er selbst mit unterschrieben hat, wo 1½ Stunde Mittagspause sein vorgesehen ist, vorgelegt werden; wenn er den nicht anerkennt, werden sonst uns genötigt sein, mit dem Herrn Riehmeyer anders zu verfahren.

**Gliesenleger.**

**Düsseldorf.** Nach langer Mühe ist es gelungen, eine Sektion der Gliesenleger zu gründen. Bereits 16 Kollegen haben sich ihr angelohnt, und es durfte wohl in kürzer Zeit gelingen, die Mitgliederzahl noch mehr zu steigern. Als Vorsitzender der Sektion wurde der Kollege Wilhelm Lütke gewählt. Am 14. März fand eine kombinierte Mitgliederversammlung mit der freien Vereinigung und der katholischen Organisation statt, in der Stellung zu dem Mustertarif der Arbeitgeber für das Plattenlegergewerbe genommen wurde. Dieser Montrum sieht eine zehnstündige statt der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit vor und weist auch sonst eine große Anzahl Verschlechterungen

auf; die Preise für die Aufforderarbeiten sind bis zu 37 v. p. niedriger gestellt. Ferner sollen für auswärtige Arbeiten bedeutende Abzüge gemacht werden; auch sonst sind noch viele Verschlechterungen vorgesehen. Es wurde beschlossen, die Lohnbewegung gemeinsam durchzuführen und den Unternehmern unterseits eine Lohnforderung zu unterbreiten.

**Nürnberg.** Zu unserem Situationsbericht in Nr. 11 des "Grundstein" haben wir nachträglich noch hinzuzufügen, daß mittlerweile die Unternehmer den am 31. März abschließenden Tarif gefündigt haben, ohne mitzutun, ob sie Unterhandlungen wünschen. Wir ersuchen die Kollegen, eventuelle Arbeitsangebote nur anzunehmen, wenn vorher Erläuterungen bei der hiesigen Sektion eingeholt wurden. Die Adresse ist: Vog. Ebner, Neuerer Läufersplatz 16, 2. Et.

## Bentzalkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 8. bis 14. März sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 2.0. Zuwendung erhielten: Stettin M. 1800, Nienburg 400, Osterberg 300, Nürnberg 200, Eisen a. d. Altm. 200, Blomberg 200, Nümburg 150, Quedlinburg 150, Hildesheim 150, Duisburg 150, Groß-Pesten 100, Hainstadt 80, Bojewitz 75, Letzien 75. Summa M. 4130.

Altona, den 14. März 1908.

Karl Neis, Hauptfassierer, Wilhelmstr. 57.

## Zur Beachtung!

Die Formulare zur Abrechnung des 1. Quartals b. f. sind an die örtlichen Verwaltungen verändert worden. Sollten die selben in einer Verwaltungsstelle nicht angetreten sein, so ergehen wir, uns sofort zu benachrichtigen.

Der Vorstand.

## Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissions etc.

Kollegen! Unterfahrt sie, von Unfällen, Baueinsätzen, überhaupt von allen wichtigen Vor kommunionen auf den Bauten jährlings einen sachlichen Bericht an Euer Vorstand zu senden.

**Ahstedt.** Beim Abruch eines alten Stalles in unserem Nachbardorf Wolfsfelde verunglückte unser Kollege Willi Dencke am 3. März dadurch, daß der Giebel zusammenbrach und den Kollegen mit in die Tiefe zog. Er erlitt außer mehreren leichten Verletzungen eine Spaltfraktur des Schienbeins. Er wurde sofort nach Halle gebracht.

**Berlin.** Vom Neubau abgestürzt ist am 6. März der 47 Jahre alte Maurer Georg Künzner. Er war auf einem im Rohbau befindlichen Wohnhaus in der Gieselerstraße beschäftigt. Als er in der Höhe des zweiten Stockwerks arbeitete, bog er sich wohl etwas zu weit über den Rand der Mauer hinweg, verlor das Gleichgewicht und stürzte losüber in die Tiefe. Arbeitsskollegen brachten den Verunglückten, der das Bewußtsein verloren hatte, nach der Sanitätswache, wo bei ihm eine Gehirneröffnung sowie schwere Kopf- und angedeutend auch innere Verletzungen festgestellt wurden. Er fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

**Bromberg.** Am 6. März ereignete sich an dem Neubau des Unternehmers Dogg in der Steinstraße ein Unfall. Der Maurerpolier Ed. Krüds stieß mit dem Spaten beim Hüllweichmachen vorbei; dabei stolperte er und stürzte aus einer Höhe von 5 m ab. Er zog sich eine Rücken- und Hüftverstauchung zu.

**Kirn.** Am 9. März war unser Verbandskollege Stibitz damit beschäftigt, in einer Gereberei, die zu Wohnungen eingerichtet werden soll, eine Grubplatte umzulegen. Während er dabei beschäftigt war, rutschte eine obere steigende Platte nach und fiel ihm auf den Kopf und von hier auf den Fuß, der total zerstört wurde. Schuld an dem Unglück ist die Tieferei des Unternehmers Streb.

**Oberhausen i. H.** Am 10. März ereignete sich auf Sede "Concordia", Schw. 4, ein bedauerlicher Unglücksfall. Beim Aufwinden der Türen zu den neuen Kotsanlagen stürzte der Krab um und zwiebte Arbeiter stürzten davon, erlitt der andere einen Weinbruch. — In der Turnstraße fiel ein Stuhlfest aus dem Dachstuhl und war sofort tot. Er wollte vom Dachstuhl auf das Gerüst steigen, dabei löste sich das Fensterbrett und er stürzte über das Gerüst hinaus in die Tiefe. Ob das Gerüst wohl vorhydratmäßig war? Wunderbarlich sind die vielen Unfälle nicht. Man muß sich wundern, daß nicht mehr passiert. Wir haben die Kosten nicht gezahlt und einmal ein "Wettergerüst" photographiert. Daselbe befand sich auf Schatz 5 eingeschlagener Seite. Die Firma Bahnmann, die die Arbeiten dort ausführt, vergibt die Zugarbeiten an Handlanger, die sich das Zugengeschäfte aneignen. Sie sind diejenigen, die die Baugewerbe keine Ahnung haben. (Wer ist hier schuld, daß es nach den Aussagen der Unternehmer Streb?)

**Pollnitz.** Am 10. März stürzte ein Giebel auf dem Neubau des Unternehmers Mischke in sich zusammen. Schon am 9. März drohte er einzustürzen, und mußte der Bau durch die Polizei gesperrt werden. Am 11. März war ein Kreisbaumeister aus Sächsland hier anwesend, um die Einsturzbedingungen festzustellen. Nach den Aussagen des Kreisbaumeisters soll schlechtes Material störd an dem Einsturz sein. Bei den Aufräumungsarbeiten fiel dem

Mauerlehring. Schlechte ein Mauerstein so unglücklich auf den Kopf, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Posen. Als am 10. d. M. ein auf dem Neubau des Industriepalastes in der Breitenstraße beschäftigter, in den siebziger Jahren stehender Arbeiter eine im dritten Stock unbedeckte Stelle überstreiten wollte, stürzte er durch diese auf die zweite Etage. Er wurde mit zertrümmerten Schädeldecke aufgehoben und in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Verunglückte verschied schon auf dem Wege dorthin.

\* Samariterkursus in Mittweida. Seit mehreren Jahren wurde unter der Bauarbeitergesellschaft Mittweidas der Wunsch ausgesprochen, einen Kursus über die erste Hilfeleistung bei Unfallschäden und Verletzungen auf Bauten abzuhalten. Auf Anregung des Kollegen Seidenfels, auch ein junger Unterlehrer, stand Herr Krankenarzt Dr. Möbius, der sich bereit erklärte, den Unterricht zu erlernen, und zwar unentgeltlich. Es wurde wöchentlich eine Stunde unterrichtet, und zwar vom 21. November 1907 bis 20. Februar 1908. Teilgenommen haben neuen Maurer, sieben Zimmerer und fünf Bauhelfsarbeiter. Eingeschleitet wurde der Unterricht mit einer Erläuterung des anatomischen Menschen sowie des Blutkreislaufs. Von großer Wichtigkeit für uns war die Auflärung über Notverhältnisse bei Knoschenbrüchen, Blutvergiftungen, Pulsaderverletzungen, über künstliche Atmung und den Transport von Verunglückten. Ferner erklärte Herr Dr. Möbius Unterricht über Behandlung verschiedener Erkrankungen und Verletzungen. Nach Beendigung des Kurses fand dann am 22. Februar auf Veranlassung des Herrn Dr. Möbius eine Besichtigung der Röntgenstrahlapparate im hiesigen Technikum statt, wobei Herr Ingenieur Bill die Einrichtungen erläuterte und verschiedene Durchleuchtungen vorführte, was vorzüglich gelang und die größte Aufmerksamkeit erregte. Kurz und gut: der Kursus war sehr lehrreich und von wichtiger Bedeutung für den gesamten Bauarbeiterkreis; nur sollte Herr Dr. Möbius beim Unterricht älteren Fragen stellen. Dadurch würde das Gehör wiederholt und den Teilnehmern tiefer eingeprägt. Begegnen Sie es, daß Herr Dr. Möbius versprach, im nächsten Herbst den Unterricht fortzusetzen und sich, dasz die notigen Lehrgänge und Bilder anzuschaffen, damit dann die Ausbildung auch im Praktischen erfolgen kann; der erste Kursus war mehr theoretisch. Sämtliche Teilnehmer werden daher erfreut, das nächste Mal wieder vollzählig zu erscheinen und noch mehr neue Kollegen mitzubringen. Zuletzt mögen Sie aber dafür sorgen, daß auf jeder Baustelle auch ein Verbandskasten mit genügendem Verbandmaterial vorhanden ist; denn der Wert der schnellen Hilfe haben Sie nun kennen gelernt. Hoffentlich findet unsere Veranlassung auch anderwärts Nachahmung; denn auch auf diesem Wege ist der Bauarbeiterkunst zu fördern.

Der Grund- und Bodenwucher. Die Cäsar-  
Bodenaktiengesellschaft, von den Aktienkapital sich ein erheblicher Teil im Besitz der Dresdner Bank befindet, hat von ihrem am Cäsar-Bahnhof liegenden Gelände 48 000 Quadratmeter für den Preis von M 2 300 000 an den Eisenbahnrat verkauft. Der Gesellschaft verhüllende Gründbesitz beläuft sich noch auf 321 800 Quadratmeter, wovon 60 000 ebenfalls am Bahnhof liegen und an das jetzt dem Eisenbahnrat verkaufte Gelände angrenzen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt M 2 000 000, die Summe der zur Zeit noch auf dem Gesamtgrundbesitz haftenden Hypotheken M 2 200 000.

Wenn das Aktienkapital von den Gründern voll eingezahlt worden ist, dann sind für das Gesamtterritorium M 2 Millionen Mark investiert. Nun ist für ein Achtel des Betriebes eine schon weit über die Hälfte des Anlagekapitals hinausgehende Summe hereingebracht worden. Wird der andere Teil des Terrains zu demselben Preise abgeschlossen, wie der an den Räumen verkaufte Komplex, dann erzielt die Gesellschaft eine Einnahme von 174 Millionen Mark. Dann röhrt eilige Hunderttausende als Provisionsen usw. zu zahlen, die Prosppektpulanten stehen jedenfalls auch wenn sie noch etliche Jahre Steuern und Zinsen zahlen müssen, einen Gewinn an Wertzuwachs von mindestens zehn Millionen Mark ein.

Aber wenn die Spekulanten verpflichtet werden sollen, einen geringen Prozentsatz solchen Wucherprofits in der Form von Wertzuwachssteuer an die Gemeinde zu zahlen, dann geht die ganze heilige Ordnung zu grunde. Das ist "Vermonksifikation". Sie selbst bewirken durch ihren Bodenwucher eine unerhörte Steigerung der Mieten. Das ist ihnen ein "natürlicher" Zustand. Sollen sie jedoch Wertzuwachsteuer zahlen, dann schreien sie über die "Gefahr der Mietsteigerung".

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung

\* Was hat der Unfallverleger zu beachten? Es ist häufig zu beobachtende Tatsache, daß Arbeiter, die an den Folgen eines Betriebsunfalls erkranken, nicht wissen, wie sie sich erhalten sollen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Gerade auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sollte der Arbeiter bestrebt sein, sich wenigstens eine einigermaßen genaue Kenntnis der Rechtspraxis, für ihn in Frage kommenden Bestimmungen zu verschaffen. Allerdings ist ja in dieser Hinsicht in den letzten Jahren vieles von den Gewerkschaften und der Partei getan worden. Es sind Arbeiterschreitariate und Auskunftsstellen in den verschiedenen Städten Deutschlands ins Leben gerufen worden, um den frustrierten und verletzten Arbeitern mit Rat und Auskunft zur Seite zu stehen und gegebenenfalls ihre Rechte wissentlich zu vertreten. Diese Einrichtungen haben sich geradezu als eine wahre Wohltat für die Arbeiterschaft erwiesen. Der beste Rechtsanwalt ist jedoch die Rechtskenntnis! In vielen Fällen liegt der von einem Unfall betroffene Arbeiter auf einem Unfall, der nur wenige Tage oder Wochen Gewerbsunfähigkeit zur Folge hat, wenige Minuten vom Unternehmer oder dessen Sohn gemeldet ist. Anderswochens nicht der Verleger sich auch schon die etwaigen Folgen des Unfalls. Nach § 63 des Gewerbe- Unfallversicherungsgesetzes ist der Unternehmer oder dessen Beauftragter verpflichtet, jeden Unfall, der länger als drei Tage Gewerbsunfähigkeit zur Folge hat, bei der Ortspolizeibehörde zu melden. Diese hat

dann eine Untersuchung einzuleiten, wenn die Verleger einen Entschädigungsantrag auf Grund des Gewerbe- Unfallversicherungsgesetzes zur Folge haben wird. Dem Verleger steht es keine gesetzliche Haftpflicht gegeben, um den städtigen Unternehmer zur Meldung des Unfalls zu zwingen zu können. Hat diefer die Meldung unterlassen, so kann er vom Gewerbe- Unfallversicherungsgesetz mit einer Geldstrafe bis zu M. 300 belegt werden. Eine Strafe haft jedoch bekanntlich der andern die Augen nicht aus. Für den Verleger ist es aber von großer Bedeutung, daß jeder Unfall gemeldet wird; er ist daher in seinem eigenen Interesse verpflichtet, dies unter allen Umständen zu verlangen.

Unterschätzigen Fällen, wo nach Eintritt des Unfalls sofort Gewerbsunfähigkeit erfolgt, hat der Verleger weniger Schwierigkeiten von Seiten der Gewerkschaft zu befürchten. Hier liegt in der Regel der Beweis, daß die Krankheit mit dem Betriebsunfall im unmittelbaren Zusammenhang steht, klar auf der Hand. Und es läßt sich auch der Nachweis dafür leichter erbringen. Anders aber in den Fällen, wo sich von einem nichtgewebeleten Unfall, stützt hierz vor Ablauf von zwei Jahren noch seinen Eintritt, Geschlechtsstörungen ergeben. Hier wird der Nachweis, daß diejenige Krankheit auf einen früheren Betriebsunfall zurückzuführen ist, ungemein schwierig, wenn nicht ausgeschlossen sein, sofern es der Verleger kennt, unterlassen hat, sich die etwaigen Folgen des Unfalls zu merken. Kann in derartigen Fällen an die Gewerkschaftsbehörde der Antrag auf Gewährung einer Rente vor Ablauf von zwei Jahren nach Eintritt des Unfalls nicht mehr gestellt werden, so ist dies noch schnell bei der unteren Verwaltungsbehörde (Ortsbehörde) zu beantragen. Dadurch wird der Verbandsausschiffst und Gewinn der Verjährung des Anspruchs genommen. Für Unfälle, für die eine Entschädigung vom Amts wegen nicht gestellt ist, wird nach Ablauf von zwei Jahren keine Rente mehr gezahlt. Der Verleger wird dann mit allen seinen Anwälten abgewiesen. Zu Ausnachfassen kann jedoch trotzdem eine Entschädigung gewährt werden. § 72 Abz. 2 G. B. V. bestimmt hierüber folgendes: "Nach Ablauf der Frist (zwei Jahre) ist der Antragung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bezeichnet wird, daß eine Entschädigungsanspruch begründete Folge des Unfalls erst später beweisbar geworden oder daß der Entschädigungsbehörde von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Wirkungsbereichs abgezogen worden ist, und wenn die Anwendung innerhalb dieser Monate, nachdem das Hindernis die Anwendung weggefallen, erfolgt ist."

Die Anwendung dieses Abzages steht voraus, daß der Verleger inzwischen wohl an kleinere, die Gewerbsunfähigkeit beeinträchtigende Folgen gelitten hat, die sich später als direkte Ursache des Unfalls darstellen, und daß er auch bei Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt nicht in der Lage war, dies früher zu erkennen. In der Regel wird diese Bestimmung bei Geisteskrankheit in Anwendung gebracht.

Bevorhandene Vorsicht ist aber geboten bei Einführung von Unfallen während der Arbeitszeit. Die Spruchurteil des Gewerbe- Unfallversicherungsgesetzes geht dahin, daß nur solche Leidensfälle als Entschädigungsanspruch angesehen werden, die sich als zeitliche Folge einer schweren körperlichen Anstrengung ergeben, die über das Maß der gewöhnlichen Betriebsarbeit hinausgeht. Stellen sich also nach einer dauerhaften Anstrengung sofort Schmerzen ein, so ist es notwendig, den Polier davon in Kenntnis zu setzen und gleichzeitig einen Arzt zu konstituieren. Nur dann ist ziemliche Gewissheit dafür vorhanden, daß ein Bruchschaden als "Betriebsunfall" angeleitet wird.

Bei der Geltendmachung des Anspruchs an die Gewerkschaftsbehörde ist folgendes zu beachten: In denjenigen Fällen, in denen nach Eintritt des Unfalls sofort Gewerbsunfähigkeit erfolgt und vor Ablauf von 13 Wochen noch nicht behoben ist, wird es zweckmäßig sein, schon in der zweiten Woche der Erkrankung den Antrag an die Verbandsbehörde zu stellen. Das Heilverbrennen zu übernehmen und eine Rente zu gewähren. Dadurch wird erreicht, daß die Gewerkschaft frühzeitig eintritt. In anderen Fällen, also wenn Gewerbsunfähigkeit erst nach Ablauf von 13 Wochen eintritt, ist der Antrag sofort zu stellen. Er kann vom Verleger selbst an die zuständige Gewerkschaft gestellt werden und es bedarf hierbei keiner besonderen Formulatur. Im späteren Verfahren (d. h. sobald man einen Berufungsständer Schein in Händen hat) wird es aber notwendig sein, einen Arbeiterschreiter oder sonst einen erfahrenen Gewerkschaftsangehörigen mit der Vertretung seiner Rechte zu betrauen. In keinem Falle wende man sich aber an einen jungenen Winkelhaken.

Tritt nun die Gewerkschaftsbehörde nicht gleich ein, so muß die Gewerkschaft weiter zahlen, und zwar solange, bis die Gewerkschaftsbehörde gewahrt hat. (Allerdings nicht unter Beweislegung der statutarischen Verpflichtungen hinzu.) Lehnt die Stasse nach Ablauf von 13 Wochen die Gewährung weiterer Unterstützung ab, so ist diese Maßnahme mit Erfolg anstrengbar, weil sie nicht geistig begründet ist. Hat die Gewerkschaftsbehörde nun über 13 Wochen hinaus Unterstützung gewährt, so kann sie als Grundsatz höchstens die Hälfte von drei Monatsbezügen von der an den Verleger an zahlende Rente in Anspruch nehmen. Von 29. Tage nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der 13. Woche muß das Krankengeld auf zwei Drittel des bei seiner Verordnung zu grunde gelegten Arbeitslohnes erhöht werden. Verträgt er M. 4 (in jedem Monat ist darüber die Bestimmung getroffen), so beträgt die Erhöhung des Krankengeldes pro Tag mit 4 M. 0,667/3, und das Krankengeld pro Tag insgesamt M. 2,667/3.

Der Verleger selbst hat den Nachweis, daß ein Betriebsunfall vorliegt, nicht zu erbringen. Gegen die Gewerkschaftsbehörde, gegen den Verleger und den Verleger auf Unfallzulage, so hat sie sich beim Arbeiterschreiter oder bei der Ortspolizei hierzu Kenntnis zu verschaffen. G. M.

### Polizei und Gerichte.

\* Urkundenfälschung zur Begeünstigung des Streitbruchs. Des verbrecherischen Mittels der Urkundenfälschung hat sich der Pugmeister Krämer bedient, um während des vorjährigen Stamms im Baugewerbe Pugmeisterarbeiten bei solchen Baunehmern auszuführen zu können, welche den Tarifvertrag der Pugmeister des Maurer-Verbandes nicht erkannt hatten. Um eine Kontrolle darüber zu haben, das nicht unter anderen als den Bedingungen ihres Tarifis

gearbeitet werde, hatte die Pugmeister beschlossen, daß ihre Mitglieder nur bei solchen Unternehmern arbeiten dürfen, welche den Tarif unterschrieben und im Bureau der Pugmeister niedergelegt hatten. Pugmeister Krämer hatte Pugmeisterarbeiten für den Baunehmer David Joseph angenommen. Da die Arbeit auszuführen, brauchte er eine Anzahl Pugmeister, die er aber nur von der Sektion des Maurer-Verbandes bekommen konnte. Da David Joseph den Tarif nicht bewilligt hatte, wurde Krämer keine Pugmeister vom Tarifvertrag, schrieb selbst den Namen "David Joseph" darunter, fügte auch einen Stempel der Firma hinzu, und gab den so gefälschten Tarif im Bureau der Pugmeister ab. Hier konnte natürlich niemand an eine Fälschung denken. Man hielt die Unterschrift für echt und Krämer bestand die Pugmeister, die nun in dem Glauben, der Baunehmer habe den Tarif bewilligt, mit Krämer zusammen arbeiteten. Aber mit diesem Falle waren die Fälschungen des Pugmeisters noch nicht ergriffen. Er mußte auch jeden Einzelvertrag, den er mit Baunehmern abschloß, von der Pugmeister unterstempeln lassen, um den mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er mit ihm zusammen arbeitenden Pugmeistern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Baunehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Pugmeister bestand er den Sektionsstempel auf Grund des eingetragenen gesetzlichen Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeitenden bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der F

dass sich der Angeklagte in einer Zwangslage befunden habe, weil der Arbeitgeber, bei dem er Beschäftigung gefunden hatte, den Tarif nicht bewilligen wollte. Da der Angeklagte ohne diese Bewilligung keine Arbeit vom Maurerverband bekommen konnte, so habe er sich gefragt, er müsse zur Fälschung des Tarifs greifen, um arbeiten zu können. Das sei schwer zu verurteilen. Wenn auch der Angeklagte schon oft vorbestraft sei, so seien doch seit der letzten Strafe schon zehn Jahre verflossen, auch sei zu bedenken, daß eine Freiheitsstrafe von längerer Dauer den 65 Jahre alten Angeklagten schwer treffen würde. Das Gericht hat aus diesen Gründen den Angeklagten wegen schwerer Bestrafung in zwei Fällen mit drei Wochen Gefängnis bestraft.

Der Buxheimer Maurer kann von Glück sagen, denn er hat milde Richter gefunden. Streitende Arbeiter, die sehen, daß sie durch Streitbrecher, an der Verbesserung ihrer Lage gehindert werden, können mit mehr Recht als Buxheimer Maurer sagen, daß sie sich in einer sozialen Notlage befinden. Wenn aber ein Streitender eine unwillige Bemerkung zu einem Streitbrecher macht und deshalb angeklagt wird, dann pflegt er nicht so milde Richter zu finden, und keinem Staatsanwalt wird es einfallen, einem Streitenden einen Alt sozialer Notwohl als Milderungsgrund zuzubilligen.

\* Wer ist ein „Anderer“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung? Wer andere durch Anwendung körperlichen Dranges, durch Drohungen, durch Überlegung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen gemäß § 152 teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Bei diesen Verabredungen handelt es sich bekanntlich um die durch § 152 den Gewerbetreibenden gewerblichen Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter“ freigegebenen Verabredungen und Vereinigungen „zur Beweis der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einfluss auf die Arbeit oder Entlassung des Arbeiters.“

Begeht sich „anderer“ nur auf dieselben Gruppen, also nur auf Arbeiter gegen Arbeitgeber, beziehentlich Arbeitgeber gegen Arbeitgeber? In diesem engeren Sinne hat das Kammergericht in früheren Entscheidungen (21. Mai 1891, 15. September und 8. Dezember 1898) die unseres Erachtens allein zulässige engere Auffassung vertreten. Aber die Kammergerichtsjustiz hat bereits aus den neunziger Jahren ein gegenteiliges Urteil (vom 9. April 1894) aufzuweisen und hatte sich in den letzten Jahren fast uneingeschränkt an der weitergehenden, den Arbeitern ungünstigeren Auslegung festgestellt. In einem am 9. März vergangenen Urteilen ist es zum Teil zu der älteren Auffassung zurückgekehrt. Der Fall lag folgendermaßen:

Der Maurer Krause zu Rixdorf war wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung vom Landgericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Auf zwei nebeneinander liegenden Neubauten in der Hermannstraße zu Rixdorf, die denselben Bauherrn und denselben Baumeister hatten, arbeiteten im Sommer 1906 neben einem christlich organisierten Maurer-Schulz nur Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Aus Anlaß einer Nachfrage aus dem Rheinland, wonach der christliche Verbund einen minderwertigen Tarif eingegangen war, beschlossen die Mitglieder des Zentralverbandes in der gemeinschaftlichen Baubude, mit dem christlich organisierten Kollegen Schulz nicht mehr zusammen zu arbeiten und die Arbeit niedergelegen, wenn er nicht entlassen werde. Der Angeklagte Krause und ein nicht ermittelter Maurer erhielten den Auftrag, den beiden Polieren dies zu unterbreiten. Die Poliere erschienen, die Verhandlungen könnten ihre Papiere freigeben, worauf diese nach dem Frühstück die Arbeit ruhen ließen. Die Angelegenheit erledigte sich dann dadurch, daß Schulz, der Christliche, selber aufhörte. Das Landgericht erachtete nun für leichtend, daß man nur die Entlassung des Schulz im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht in Frage komme. Dagegen kam das Landgericht zu der Überzeugung, daß der Angeklagte (in Gemeinschaft mit dem zweiten Beauftragten) die beiden Poliere durch Drohung (mit dem Streit nämlich) zu bestimmten Verträge habe, einer Verabredung der Verbandsmauer zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Die Poliere seien „anderer“ im Sinne des § 153. Es wäre unerheblich, daß sie nicht zu dem Beruf gezwungen seien. Die Angeklagten im engeren Sinne des Wortes gehörten. Ferner sei der Beifluss in der Baubude eine Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gewesen; denn es sei den im Zentralverband organisierten Maurern darauf angekommen, mit der Entfernung des im christlichen Verein organisierten Schulz, der ihnen lästig war, das Vertragverhältnis für sich angenehmer zu gestalten. Es sei ihnen angenehmer gewesen, nur mit den gleichen Interessen verfolgenden Gesellen zusammen zu arbeiten. Die Poliere hätten nun durch die von Krause vorgebrachte Drohung, die Arbeit niedergelegen, gebunden werden sollen, durch Entlassung des Schulz jener Verabredung Folge zu leisten.

Der Angeklagte legte Revision ein. Rechtsanwalt Wolfgang Heine, sein Vertreter, rügte in doppelter Beziehung Unrichtigkeit der Vorentscheidung. Falsch sei die Auslegung des Begriffs „günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Nach dem Geist und dem Willen des Gesetzgebers könne es sich immer nur um Bedingungen handeln, die das Vertragverhältnis zwischen den Parteien selbst betrifft. Dazu gehöre es nun keineswegs, wenn die Arbeiter in einem konkreten Falle erläutern, lieber ihre Arbeit aufzugeben zu wollen, als mit einem ihnen unangenehmen Kollegen zusammen zu arbeiten. Dann steht in Widerspruch zu Geschichte der Gewerbeordnung die Auffassung des Landgerichts, daß das Vorgehen gegen die Poliere nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar wäre. Der Anwalt legte dies eingehend dar und machte u. a. geltend, daß man sich nicht an die Worte „anderer“ und „Folge leisten“ hammern dürfe. Tatsächlich hätte mit § 153 nur der

Zwang getroffen werden sollen, den etwa Arbeiter gegen andere Arbeiter oder Arbeitgeber ausüben, um sie zur Beteiligung an solchen Verabredungen zu zwingen. Auch Landmann im Kommentar zur Gewerbeordnung vertrete diesen Standpunkt. Es kämen somit die Poliere als Vertreter des Arbeitgebers hier überhaupt nicht als „anderer“ im Sinne des § 153 in Betracht.

Der erste Strafgericht des Kammergerichts folgte dem Antrage des Anwalt, hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Es wurde ausgeführt: Das Reichsgericht meine in seiner letzten beigelegten Entscheidung (8. Juni 1907, Band 40, S. 268), daß gegen den Arbeitgeber selbst, der durch Streit veranlaßt werden sollte, eine Forderung zu bewilligen, ein Vergehen gegen § 153 nicht dadurch begangen werden könne, daß ihm der Streit vorher angedeutet werde. Wenn nach dem Beginn eines Streits der Arbeitgeber nach dem Grunde fragen würde und die Arbeiter würden das beantworten, so würden sie nicht bestraft werden können. Ebenso gut müßten sie vorher sagen können, daß man aus dem und dem Grunde streite. Andererseits sei „nicht ganz unmöglich“ ein Vergehen aus § 153 gegen den Gegner im Lohnkampf. So könne z. B. (Vaterliches Oberlandesgericht) durch Drohungen gegen einen Arbeitgeber, der mit einer Schar Arbeiter in ein Streitgebiet kommen wolle, beabsichtigt werden, den Zugang seiner Arbeiter fernzuhalten und dadurch die Koalition zu stören. Vorliegend sei man die Verabredung der beteiligten Arbeiter dahin gegangen, den mitschuldigen Christlichen wegzubringen. Das Mittel zur Erreichung dieses Ziels sei die Arbeitsunterbrechung gewesen. Wenn den Polieren gedroht wurde, man werde die Arbeit niedergelegen, so hätten sie dadurch nicht bestimmt werden sollen, an der Verabredung teilzunehmen, sondern nur dazu, als Vertreter ihres Arbeitgebers das Ziel des Streits, die Entlassung des Schulz, zu bewilligen. Die Sache liege genau so, als wenn der Arbeitgeber selbst es bewilligen sollte. Somit liege kein Vergehen gegen den § 153 vor.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 24 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Karl Marx zum Gedächtnis. — Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution. Von Henriette Noland-Holst. — Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt. Von Parvus. Von Th. Rothstein (London). — Marx als Verfechter der Sklaverei. Von Karl Krautsh. — 1848 und 1908. Von Georg Ledebur. — Zeitschriftenleben. Feuilleton der Neuen Zeit. 3: Karl Marx und das Gleichtum. Von F. Mehring. Das klassische Zeitalter der englischen Malerei. Von John Sholto-St. Ludwig Thoma. Von Heinrich Stöbel. — Bilderschau: Ricarda Huch. „Der Kampf um Rom“. Johannes B. Jensen. „Himmerlandsgegenden“. Magister F. Ch. Laubhards Leben und Schicksal. — Vorleser: vom Grabe Thomas More zum Grabe von Karl Marx. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preise von 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch diejenige bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern siehe jederzeit zur Verfügung.

### Briefkasten.

**Wanderer.** Verb.-Nr. 302 244. Seien Dank für die Zuflucht! Sie enthielt manches interessante für uns. Nur Kopf hoch! Wer gütig lacht, lacht am besten!

**Krapf.** Ein staatlicher Zugang zum Besuch eines derartigen Unterrichts besteht nicht; nur der Schulunterricht darf nicht verhängt werden.

**Deinhausen, K. Sch.** Ein durch Unfall invalide gewordener Arbeiter, der keine bezahlt ist, deshalb nicht an einen bestimmten Bezirk gebunden, sondern kann hinziehen, wohin es ihm beliebt und dort auch Arbeit übernehmen. Eine Verpflichtung, der in Betracht kommende Berufsgenossenschaft vor dem Berge M. Mitteilung zu machen, besteht ebenfalls nicht.

Um aber sicher und schnell in den Besitz der Rentenverantragungen zu gelangen, dürfte es sich empfehlen, dieses dennoch zu tun.

**Alsfeld, H.** Wir veröffentlicht nur Unfälle, die sich auf Bauten ereignen. Aus diesem Grunde müssen wir die Aufnahme des eingehenden Berichts über einen Unfall in der dortigen Zuckfabrik ablehnen.

**Bockwitz, J. N.** Bockum, Wiemelhäuserstr. 38/40.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zulassstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Der Maurer Karl Pauly aus Roslau a. d. Elbe wird wegen Erkrankung seines Vaters erachtet, seine Adresse sofort anzugeben. [M. 1,20]

Der Maurer Wilhelm Büttner aus Hannover wird um Angabe seiner Adresse erachtet. Wer etwas über seinen Aufenthalt weiß, möge dies an seinen Verwandten: Andreas Bauer, Nürnberg, Spenglerstr. 4, mitteilen. [M. 1,20]

Kollegen und Zweigvereinsvorstände, die den Aufenthalt des Maurers Karl Wodrich, geb. 26. September 1879 zu Lümmersdorf, frühere Verb.-Nr. 61 123, kennen, werden gebeten, dies dem Käffier der Zulassstelle Lümmenstr. 1, Nürnberg, mitzutellen. [M. 1,50] **Heinrich Herold**, Käffier.

Der Maurer Johann Hesse von Nömmershausen, St. Frankenberg, wird gebeten, mit seine Adresse anzugeben. **Karl Bubenheim**, Büttch. I, Reimarkt 5 zur Eintritts-

### Sterbetafel.

**Breslau.** Am 8. März starb unser Verbandskollege Hermann Hahn im Alter von 24 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Danzig.** Am 11. März starb der Kollege **Georg Klein** im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose. **Freienthalde a. d. O.** Am 9. März starb unter treuer Verbandskollege **August Lüdersdorf** im Alter von 41 Jahren nach langem Krankenlager an Lungentuberkulose.

**Stabelberg.** Am 11. März starb unser treuer Verbandskollege **Ferd. Peters** im Alter von 61 Jahren an der Prostaterkrankheit.

**Karlsruhe.** Montag, 11. März starb unser Mitglied **August Bräutigam** im Alter von 32 Jahren an Lungentuberkulose.

**Lübeck.** Am 9. März starb unser Kollege und Ehrenmitglied **Karl Plumbeck** im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung.

**Magdeburg.** Dählenwarsleben. Am 7. März starb nach langem Leben unser Mitglied **August Glade** im Alter von 61 Jahren. — **Dömersleben.** Am 8. März starb plötzlich auf dem Wege zur Arbeit unser Mitglied **Friedrich Tiefer** im Alter von 44 Jahren.

**Winden.** Steinbergen. Am 9. März ist unser Verbandskollege **Willh. Christian Heinrich Ossenkopf** im Alter von 31 Jahren an Kopf- und Lungenerkrankung gestorben.

**Mülheim-Oberhausen.** Am 9. März verschied nach fast vierjähriger Krankheit unser langjähriges Mitglied **Ewald Billhard**. Er war in seinen geliebten Tagen ein eifriger Agitator für unser Sache.

**München.** Haidhausen. Am 1. März starb unser langjähriges, treues Mitglied **Franz Gigl** im Alter von 49 Jahren nach längerem Leiden an Leberhartung. — Neuhäusern. Am 6. März starb unser langjähriges Mitglied **Ludwig Stökl** im Alter von 44 Jahren an Herzleiden.

**Neiße-Wieß.** Am 12. März starb unser treuer Verbandskollege **Carl Fuhrmann** im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.

**Neuhaldensleben.** Am 12. März starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Heutling** im Alter von 28 Jahren nach ausführlichem Sieber.

**Renfleburg.** Am 13. März starb unser Kollege **Philipp Vollhardt** im 61. Lebensjahr an Lungenerkrankung.

**Reinmünster.** Am 12. März starb unser langjähriger Käffier **Chr. Böll**, im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung. Der Verlobte war Mitbegründer des Biergvereins.

**Reichenbach, S. Sch.** Am 13. März starb unser Kollege **Heinrich Bauer** aus Peitau im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung.

**Saarmund.** Am 9. März starb unser langjähriges Mitglied **Gustav Gericke** aus Böhmisches Friedland im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs. — Am 12. März verschied der Kollege **Friedrich Wirth** aus Böhmisches Friedland im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Gehre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

**Sonntag, den 22. März.**

**Bernau.** Nach 3 Uhr im Lotse, der Frau Hoffmann Ede Käfer und Chaufeuer. Referent anwesend. Mitgliedsschluß mitbringend. Freistaat. 3 Uhr im „Gotha“ zum goldenen Schwan. — T.O.: Braunschweig. Bericht vom Saal.

**Gransee.** Mittags 1 Uhr im Frontalen Lotse. Referent anwesend. Gransee. Mittags 1 Uhr im Frontalen Lotse. Referent anwesend.

**Jessen.** Nachm. 3 Uhr bei Ernst Müller, Schloßweg 615. Vorstandswahl.

**Sommerfeld.** Nachm. 2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs. — Am 12. März verschied der Kollege **Friedrich Wirth** aus Böhmisches Friedland im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Gehre ihrem Andenken!

**Mittwoch, den 24. März.**

**Bernau.** Nachm. 6½ Uhr. T.O.: Soll der Vertrag getiligt werden?

**Neusalz.** Abends 6 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

**Torgau.** Außerordentliche Mitgliederversammlung.

**Mittwoch, den 25. März.**

**Hamburg.** (Sitzung der Elementar- und Berufsschule.) Abends 8 Uhr im Gewerbeschauhaus.

**Sonnabend, den 28. März.**

**Muskau.** Nachm. 6½ Uhr bei Werschke.

**Nürnberg.** (Gießenberg.) Abends 8 Uhr im Gewerbeschauhaus.

**Sonntag, den 29. März.**

**Artern.** Nachm. 3 Uhr im „Schwan“. Referent anwesend.

**Bleckede.** Nachm. 3 Uhr. Bäder mitbringen!

**Döbeln.** Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

**Hintersee.** Mittags 1½ Uhr bei Peter, Lichtenberg. T.O.: Bericht des Delegierten vom Gauzug, Berichtsabend.

**Langenwetzendorf.** Nachm. 3 Uhr im Sporn.

**Volkershausen.** Leube-Gött. Bäder müssen mitgebracht werden.

**Züllichau.** Nachm. 3 Uhr bei Peter Klopff. Referent anwesend.

**Öffentliche Maurerversammlung.**

**Mittwoch, den 25. März.**

**Bitterfeld.** Abends 7 Uhr im „Hohenholzen“. T.O.: Die Kriegserklärung der Schäfsmacher im Baugewerbe. Referent: Kollege Koch, Leipzig.

**Sonntag, den 29. März.**

**Coblenz.** Nachm. 1½ Uhr im „Goldenen Ring“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.